

Vorwort

Von der Notwendigkeit eines Grundsatzprogramms

Die Grüne Jugend Hessen gibt sich nach nur gut fünf Jahren ein neues Grundsatzprogramm. In diesen fünf Jahren hat sich für die weltweite Grüne Bewegung und auch für die Grüne Jugend einiges geändert. In den Berliner Regierungsjahren hat die Grüne Partei zahlreiche lang gehegte politische Projekte umsetzen können, hat aber gleichzeitig auch die Grenzen des Machbaren erfahren müssen.

Diese Erfahrungen können auch die programmatische Arbeit der Grünen Jugend Hessen nicht unberührt lassen. Wir verstehen uns als eine Bündnis 90/DIE GRÜNEN verbundene Jugendorganisation, die politische Interessen junger Leute in Partei und Öffentlichkeit vertritt und sowohl junge Menschen für Grüne Politik als auch die Partei durch Zusammenarbeit und nicht zuletzt auch durch Kritik für unsere Ziele gewinnen will.

Die programmatische Orientierung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die mit dem Grundsatzprogramm des Jahres 2002 zwar einen entscheidenden Impuls bekommen hat, aber lange noch nicht abgeschlossen ist, wollen wir durch unsere Arbeit beeinflussen. Dazu bedarf es aber politischer Grundüberlegungen, die uns in der alltäglichen programmatischen Arbeit, die durch aktuelle politische Entscheidungen geprägt ist, leiten können. Dieses Grundsatzprogramm hat das Ziel, Leitlinien darzubieten, aus denen sich konkrete und schlüssige Forderungen ableiten lassen. Es soll die Arbeit der Grünen Jugend Hessen über die nächsten Jahre leiten.

Präambel

Was uns antreibt

Politik zielt auf die Gestaltung unseres Gemeinwesens durch demokratische Prozesse. Die Grüne Jugend Hessen sieht sich als Teil der weltweiten ökologisch-sozialliberalen Bewegung, als eine linke Kraft in einer politischen Diskussion, deren Aufgabe es ist, gesellschaftliche Mehrheiten zu bilden und dadurch politische Entscheidungen herbeizuführen. Wir bekennen uns unter der ständigen Berücksichtigung von Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung zu einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen, demokratischen Grundordnung, weil wir in ihr unsere Ziele besser umsetzen können. Da wir nicht als Partei agieren und damit nicht in der direkten politischen Verantwortung sind – sei es als Regierung, sei es als Opposition –, haben wir die Möglichkeit und die Pflicht, Ideen zu entwickeln, die im alltäglichen politischen Geschäft oft nicht artikuliert werden können und diese auch auf andere Art und Weise zu vertreten und in die Öffentlichkeit zu tragen. Das entbindet uns nicht von der Verantwortung, daraus tragfähige Konzepte zu entwickeln und diese bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Es gibt viele verschiedene Momente, die junge Leute dazu bringen, für Grüne Politik aktiv zu werden. In den zahlreichen politischen Motivationen stecken jedoch einige übergreifende Grundüberzeugungen, die uns verbinden.

1. Umweltschutz und Nachhaltigkeit: Grüne Politik – der Name sagt es bereits – wird für uns bestimmt von dem Gedanken der Nachhaltigkeit und des Umweltschutzes. Ökologische Politik ist aber mehr als das: Sie setzt langfristiges Denken voraus und hat damit Implikationen für alle anderen Politikfelder, sie gibt der Wirtschafts- als auch der Bildungspolitik eine neue Grundlage und sie zwingt uns, über unseren eigenen Lebenswandel nachzudenken.

Die zentrale Rolle der Umweltpolitik ist zugleich Begründung und Folge unserer anderen Ziele.

2. Freiheit und Gleichheit: Wir stehen für eine Gesellschaft, in der jedeR die gleichen Rechte hat. In dieser Gesellschaft bekommen alle die gleichen Startchancen. Um diese zu verwirklichen, wollen wir den Menschen ein Maximum an Freiheit einräumen, sodass jedeR ein selbstbestimmtes Leben führen kann. Freiheit aber ist an materielle Grundlagen gebunden. Jedem Menschen sollen in seiner individuellen Konstitution materiell und geistig die Möglichkeiten eröffnet werden, seinen eigenen Weg im Bewusstsein seiner gesellschaftlichen Verantwortung zu gehen. Gleichheit kann schon deshalb nicht Gleichmacherei bedeuten. Sie verlangt aber in Anbetracht unseres Anspruchs, jeden Menschen als gleichwertig zu betrachten, von Staats wegen einen Ausgleich zwischen leistungsfähigeren und weniger leistungsfähigen BürgerInnen herbeizuführen. Hierfür wird das Instrument der Umverteilung eingesetzt. Freiheit und Gleichheit können nur in einer offenen und toleranten Gesellschaft verwirklicht werden, denn neben gesetzlichen Beschränkungen sind es gesellschaftliche Normen und Kontrollmechanismen, die Freiheit einschränken. Wir sehen es als Aufgabe der Politik an, darauf zu drängen, dass die staatlichen Institutionen Diskriminierung in jeglicher Form bekämpfen. Vor allem der Bildungspolitik kommt in der Erziehung zu Toleranz, Integrationsbereitschaft und Offenheit eine

Schlüsselrolle zu. Nicht zuletzt haben auch PolitikerInnen eine wichtige Vorbildfunktion. Sie sind Vertreter eines demokratisch verfassten Staates und müssen sich in Geist und Buchstabe nach dessen Grundsätzen verhalten.

3. Gerechtigkeit: Nachhaltigkeit, Freiheit und Gleichheit lassen sich in dem Postulat einer differenzierten Gerechtigkeit zusammendenken, die für uns die Begründung Grüner Politik ist. Unser erstes Ziel ist dabei, allen Menschen in diesem Lande ein würdiges Leben zu ermöglichen, also für ein soziokulturelles Existenzminimum zu sorgen. Wer sich in einer Notlage befindet, hat den Anspruch auf Hilfe der Stärkeren.

Die zweite Priorität hat die Chancengleichheit bei der Teilhabe an gesellschaftlichen Gütern. Sie zu fordern bedeutet, ein ganzes Bündel politischer Leitlinien anzunehmen. Bildungspolitik im klassischen Sinne als eines der zentralen Politikfelder anzuerkennen ist der Kern, aber nicht die alleinige Folge dieses Postulats. Familienpolitik ist ein anderes wichtiges Feld in diesem Zusammenhang. Im Kern aber sagen wir: Wer Chancengleichheit ernst nimmt, muss den Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen, die der persönlichen Entwicklung eines Menschen dienen, von materiellen Voraussetzungen unabhängig machen. Das impliziert politisches Handeln über den Tag hinaus. Wer heute den künftigen Generationen Altlasten haushalterischer oder ökologischer Art hinterlässt, der behindert damit vor allem die Startchancen desjenigen Teils der jungen Generation von morgen, der nicht durch eigene finanzielle Mittel die Konsequenzen jener Altlasten ausgleichen kann.

Chancengleichheit und Vermeidung von Armut sind aber nur ein Teil dessen, was wir Gerechtigkeit nennen. Neben den gesellschaftlichen Startvoraussetzungen gibt es schließlich noch eine Reihe von Um-

ständen, die den Lebensweg des/r Einzelnen beeinflussen können, von diesem/r aber nicht zu verantworten sind. Die biologische Disposition jedes Menschen gehört ebenso dazu wie das, was wir gemeinhin als Schicksal bezeichnen. Deshalb ist es notwendig, dass der Staat effektiver noch als bisher seine BürgerInnen nach deren individueller Leistungsfähigkeit zur Finanzierung der Gemeinschaftsausgaben heranzieht und damit Ressourcen effizient von oben nach unten umverteilt. Das Steuer- und Sozialsystem muss an diesem Ziel gemessen werden. Das jetzige System erfüllt diese Anforderung aufgrund seiner Lücken, Schlupflöcher und seiner Komplexität nicht.

Gerechtigkeit aber ist mehr als nur die Umverteilung durch Sozialsysteme. Die Generationengerechtigkeit ist für die Grüne Jugend Hessen der zweite wichtige Aspekt. Sie verpflichtet Politik in allen Bereichen langfristig zu denken. Die Politik heute darf der Generation von morgen keine Altlasten in ökologischer oder finanzieller Hinsicht hinterlassen. Und sie muss die Effekte des demographischen Wandels, schon im Interesse der heutigen Jugend, bei ihren Handlungen berücksichtigen.

Wer Freiheit, Gerechtigkeit und fairen Wettbewerb fordert, muss auch für die Freiheit der Information eintreten. Politisches Engagement, Einmischung und Meinungsäußerung auf der einen und Chancengleichheit im materiellen Sinne auf der anderen Seite setzen den gleichen Zugang aller Menschen zu Informationen voraus. Die neuen Medien bieten in diesem Zusammenhang Chancen und Risiken. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für eine vielfältige und freie Medienlandschaft als elementare Voraussetzung für Demokratie ein und bekämpft alle Tendenzen, den freien Zugang zu Ressourcen im Internet und über andere elektronische Medien zu monopolisieren oder übermäßig stark zu kommerzialisieren. Den Eingriff staatlicher Kontrollgremien in die Medienarbeit lehnt die Grüne Jugend Hessen ab.

Die Grundsätze unseres politischen Handelns beziehen sich selbstverständlich nicht nur auf unser eigenes Land. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für eine friedliche Entwicklung der Weltgemeinschaft ein. Rechte, die wir allen Menschen in diesem Land zugestehen, können wir vernünftigerweise den Menschen in anderen Teilen der Erde nicht vorenthalten. Die Globalisierung, verstanden als stete Intensivierung der internationalen Beziehungen in Folge der Entwicklung der Kommunikationsmittel und der Verkehrswege, stellt in diesem Zusammenhang große Herausforderungen. Unser Ziel muss es sein, den Lebensstandard der Weltbevölkerung einander anzunähern, ohne dabei die ökologischen Grundlagen aus den Augen zu verlieren. Dabei werden die entwickelten Länder wie Deutschland an einigen Punkten Einbußen hinnehmen müssen, denn wer mit dem hohen Anspruch von Menschenrechten und gerecht verteiltem Wohlstand auftritt, muss seine Märkte für Produkte aus den Entwicklungsländern öffnen und ihnen damit Chancen für wirtschaftliches Wachstum einräumen.

Die Bedingungen der Globalisierung verlangen nach einer Neuinterpretation der bisherigen Außenpolitik als einer Weltinnenpolitik. Auf wirtschaftlicher Seite bedeutet das, dass zu offenen Märkten Kontrollinstanzen hinzutreten müssen, die verhindern, dass internationaler Wettbewerb zum ruinösen Wettbewerb um niedrige Löhne und lasche Umweltstandards wird und dass sich mit den großen Konzernen oligopol- oder monopolartige Strukturen bilden.

Gerechtigkeit zwischen Frau und Mann, Arm und Reich, Süd und Nord, Jung und Alt und ein selbstbestimmtes Leben für alle - das ist, wofür wir eintreten.

UMWELT

Nachhaltig zum Ziel

Der Umweltschutz ist einer der zentralen Gründungsimpulse von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN. Wir als Jugendverband sehen uns in der Tradition dieser Politik. Wir sind es, die die Grünen Positionen in unserer Generation vertreten. Politik für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt ist Politik für die zukünftigen Generationen. Deshalb nehmen wir als junge Generation in Bündnis 90 / DIE GRÜNEN diese Ideen auf und entwickeln sie weiter. Im Sinne unserer eigenen Lebensqualität jetzt und in Zukunft, im Sinne unserer Kinder und im Sinne einer globalen Gerechtigkeit. Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Kenntnis dieses Umstandes als Eingenerationenpartei zu bewerten halten wir für absurd.

Eine ökologische Politik ist mehr als nur die nötige Reduktion von Schadstoffausstoß, Verminderung des Verkehrs und der Schutz der Lebensräume. Ökologische Politik setzt einen umfassenderen Blick auf die Zusammenhänge von Natur und Gesellschaft(en) voraus. Sie bringt uns Lebensqualität, verlangt aber auch das Überdenken hergebrachter Verhaltens- und Konsummuster. Für uns ist es Aufgabe Grüner Politik, Anreize zu setzen, den Finger in die sprichwörtlichen Wunden zu legen und Alternativen vorzuschlagen und zu fördern, statt den Menschen einfach nur Vorschriften zu machen. Ökologische Politik berührt auch die essenzielle Frage nach dem Verhältnis von Mensch und Natur. Diese stellt sich für uns neben dem Problem des Umweltverbrauchs auch bei der Frage der Gentechnik.

Unsere Generation wird hier in den nächsten Jahren und Jahrzehnten entscheidende Weichenstellungen für die Zukunft unseres Planeten vornehmen. In diesem Prozess wollen wir Grüne Prinzipien

verankern, die von Respekt gegenüber der Schöpfung, Verantwortungsbewusstsein und dem Vermeiden unkontrollierbarer Risiken geprägt sind.

Ein wichtiger Baustein einer gewinnenden Umweltpolitik ist der Faktor Lebensqualität. Umwelt- und Naturschutz vor der eigenen Haustür fördert die Lebensqualität, denn sie gestaltet unsere Lebensräume, in der Stadt wie auf dem Land. Sie sorgt für bessere Lebensmittel, saubere Luft und mehr Grün. Ihr Bestreben ist es ländliche Wirtschaftsräume intakt zu halten oder neu zu beleben, ihr Bestreben ist es aber auch, Städte lebenswerter und das heißt auch lebendig zu halten. Zu einer Umweltpolitik gehört es ebenso, urbane Räume zu schaffen, in denen Verkehr vermieden, Wege verkürzt, Grünflächen erweitert werden, während gleichzeitig Freiheit und Entfaltungsspielraum erhalten werden. Das ist keine Frage von Lebensstil und -haltung. Wir wollen der Studentin ebenso Angebote für eine nachhaltige Lebensführung machen wie dem Banker, der Werberin oder dem Rentner. Dieser Gewinn an Lebensqualität bringt aber auch eine Verschiebung von Prioritäten mit sich. Ein bewusstes und intensives Leben weiß dessen Vorteile zu schätzen und kann so auf andere Verhaltensweisen verzichten.

Ökologische Politik ist aber auch unabdingbar für eine gerechtere Welt. Dabei sind die verschiedenen Aspekte von Gerechtigkeit betroffen. Sie ist generationengerecht, denn sie vermeidet es, künftigen Generationen kostspielige Altlasten zu hinterlassen. Sie ist global gerecht, denn nur mit einer nachhaltigen Entwicklung können sich auch in den Entwicklungsländern Demokratie und Wohlstand entwickeln ohne für einen rapiden Kollaps der Ökosysteme zu sorgen. Sie ist sozial gerecht, denn sie lässt die Verursacher von Umweltverbrauch bezahlen anstatt die Kosten der Allgemeinheit aufzubürden. Für unsere Generation bedeutet Umweltschutz und Nachhaltigkeit

vor allem eine Herausforderung, die es mit Ehrgeiz anzupacken gilt. Wir werden versuchen müssen, eine gesellschaftliche Mehrheit für die ökologisch notwendigen Veränderungen unserer Lebensweise zu finden. Aber im Gegensatz zu Grünen Gründertagen hat das für uns nichts mit einem bestimmten Lebensstil zu tun, setzen wir ohne sakrosankte Symbole auf pragmatische Arbeit, wollen wir niemanden belehren über das, was er oder sie zu tun und zu lassen hat.

Naturschutz und Umweltschutz

Jedes Jahr werden riesige Flächen an Land besiedelt, zersiedelt und somit der Natur entrissen. Wir fordern den Flächenverbrauch einzudämmen. Die Zersiedelung der Landschaft und der Verbrauch von Ackerflächen muss zurückgehen. Durch das Bebauen, Betonieren und Besiedeln von Fläche geht der Natur wertvoller Raum verloren. Wälder werden in rasender Geschwindigkeit abgeholzt und mit ihnen der Lebensraum zerstört. Nicht zuletzt durch die Flächenversiegelung entstehen die uns allen bekannten Hochwasserkatastrophen, in nie gekanntem Ausmaß. Die Bevölkerungszahlen in Deutschland sind rückläufig, so kommt noch hinzu, dass wir der Natur nicht nur irreversible Schäden zumuten, sondern die bebauten Flächen nicht einmal mehr nutzen werden. Tausende von Tier und Pflanzenarten sind bereits für immer von diesem Planeten verschwunden und es ist kein Ende dieser Entwicklung in Sicht. Die Natur ist unser aller Lebensgrundlage und muss dementsprechend behandelt werden. Es gilt, die gewachsene Kulturlandschaft für die kommenden Generationen zu erhalten.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, die überhöhten Förderungen von Neubauten auf der grünen Wiese zu beenden, die bestehende Bebauung zu verdichten und bestehende Bausubstanzen zu erhalten und zu nutzen. Die Bebauung von Auen muss gestoppt

werden, es gilt Auenlandschaften zu erhalten und Flussbecken zu renaturieren. Ausweichgebiete und Rückstaubecken für Flüsse müssen geschaffen und erhalten bleiben.

Des Weiteren gilt es, sich aktiv für den Schutz und Erhalt von Natur- und Landschaftsschutzgebieten einzusetzen. Beispielsweise bei Bauvorhaben, die die entsprechenden Gebiete stark tangieren würden.

Wir unterstützen die Forderung der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung, bis 2020 die Flächenversiegelung von jetzt 130 Hektar auf 30 Hektar pro Tag zu reduzieren. Der Flächenverbrauch bzw. der ökologische Fußabdruck jedes einzelnen Menschen beträgt derzeit statistisch 2,8 Hektar und damit doppelt so viel wie mit einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar wäre.

Klimaschutz:

Der menschengemachte Klimawandel ist eine der größten Gefahren für unsere Umwelt und unseren Planeten. Die Erdtemperatur steigt jedes Jahr an. Das Klima, und damit unmittelbar verbunden, unser gesamtes Ökosystem gerät aus dem Gleichgewicht. In diesem Zusammenhang sei auf die abschmelzenden Polkappen, den steigenden Meeresspiegel, El Niño, Hochwasserkatastrophen etc. verwiesen. Diesem Trend muss energisch entgegengewirkt werden, zumal die Ursachen auf der Hand liegen.

Daran haben besonders der Verkehr und die privaten Haushalte einen erheblichen Anteil. Dabei steht die Bevölkerung der Industrieländer, die 25% der Weltbevölkerung ausmacht, für 75% des weltweiten Energieverbrauchs.

Bisher beruht der weltweite Energieverbrauch weitgehend auf den fossilen Energieträgern Öl, Kohle und Gas. Die Grüne Jugend Hessen

fordert daher, die Emission von Kohlendioxid durch geeignete Maßnahmen drastisch zu reduzieren.

Zentralisierte Großkraftwerke befördern eine Oligopolstruktur auf dem Strommarkt, sind mit dem Einsatz regenerativer Energien nicht kompatibel und haben durch die langen Transportwege hohe Stromverluste zur Folge. Wir wollen deshalb verstärkt auf Blockheizkraftwerke und moderne Erdgaskraftwerke (Erdgas nur zur Übergangslösung, bis genügend erneuerbare Energien zur Verfügung stehen) setzen, die klein und dezentral gebaut werden können und mit Kraft-Wärme-Kopplung funktionieren, die eine Energieeffizienz (Wirkungsgrad der eingesetzten Energieträger) von 90% aufweisen können. Des Weiteren sollte sich der Energieverbrauch jedes Einzelnen deutlich verringern. In diesem Zusammenhang sollten zeitlich befristete Anreize zur häuslichen Energiesparung gegeben werden (Bessere Isolierungen der Wohnungen, isolierte Fenster, Niedrigenergiehäuser, etc.).

Des Weiteren muss der Verkehrssektor den im Klimaschutzprogramm festgelegten Beitrag leisten. Die Grüne Jugend Hessen begrüßt die Einführung des europäischen Emissionshandels als Instrument, um den Klimaschutz im Bereich der Industrie voranzubringen.

Umweltschädliche Subventionen wie die Mehrwertsteuerfreiheit im grenzüberschreitenden Luftverkehr müssen aufgehoben werden. Ebenso ist auf internationaler Ebene dringend darauf hinzuwirken, dass Kerosin auch mit einer Mineralölsteuer belegt wird.

Energiepolitik

Alternative Energien müssen weiterhin massiv gefördert werden, um sie dauerhaft auf dem freien Markt zu etablieren. Langfristig muss der gesamte Energiebedarf durch erneuerbare Energien gedeckt werden.

Kohle, Gas und Erdöl sind nicht zukunftsfähig, denn sie emittieren bei der Verbrennung klimaschädliche Abgase und sind endlich.

Die Kernkraft stellt für die Grüne Jugend Hessen keine Alternative dar. Sie ist ein unverantwortbares Risiko, wird immer mit einem nicht zu lösenden Entsorgungsproblem verbunden sein und widerspricht dem Ziel einer möglichst dezentralen Energieversorgung.

Der Atomkonsens ist das Ergebnis dessen, was unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu erreichen ist, das bedeutet aber nicht, dass wir am Ende unserer Bemühungen für den Atomausstieg angelangt sind.

Während eine konsequente Planung von alternativer Energiegewinnung auf sich warten lässt, planen viele Regierungen schon eine weitere Generation von AKW. Wir fordern die Stilllegung veralteter AKWs, wie z.B. Biblis, und die Versicherungspflicht für AKWs so wie sie auch in anderen Industriebereichen gilt. Des Weiteren müssen die Energieunternehmen voll für die Kosten der etwa 500 Jahre dauernden Endlagerung des Urans aufkommen. Für den angefallenen Atommüll fordern wir die intensive Suche nach einer tragfähigen Lösung für den Umgang mit radioaktivem Abfall. Die politische Abkehr von der Kernkraft muss sich auch in der Forschungspolitik wieder finden. Wir fordern das Ende der Forschung auf diesem Gebiet. Auch das EURATOM-Programm muss beendet werden.

GENug!

Die Gentechnologie ist nicht das Allheilmittel, als welches sie immer gepriesen wird. Die vielen Versprechen konnte sie bisher in keiner Weise einhalten. Sie trägt nicht zur Lösung der drängenden ökologischen und sozialen Probleme bei, sondern schafft neue Risiken und nicht absehbare Folgen. Durch massive Forschungsförderung drängt sie aber in immer mehr Lebensbereiche ein. Für die Ent-

wicklung einer solidarischen, ökologischen und sozial gerechten Gesellschaft wollen wir dem entschieden entgegentreten. Wir wollen nicht alles umsetzen, was technisch machbar ist. Eine öffentliche Diskussion über die Bewertung der Gentechnologie muss besonders den gentechnikkritischen Sachverstand einbeziehen. **Wir befürworten die Entwicklung sozial- und umweltfreundlicher Technologien, welche reversibel und fehlerfreundlich sind.**

Wir wollen ein Gentechnikgesetz schaffen, das ausschließlich den Schutz von Mensch und Umwelt zum Ziel hat und die Öffentlichkeit bei Beurteilung konkreter Fälle informiert und beteiligt.

Wir trennen in der Gentechnik-Debatte zwischen roter und grüner Gentechnik. Während erstere in engen Grenzen entwickelt werden kann, setzen wir uns bei letzterer für ein striktes Verbot ein.

„Rote Gentechnik“

Die Rote Gentechnologie ist ein Forschungs- und Anwendungsfeld, das erst am Anfang seiner Entwicklung steht. Es besteht die Chance und Notwendigkeit, in einer gesellschaftlichen Diskussion die Risiken, Möglichkeiten, die ethische Verantwortbarkeit und den möglichen Nutzen zu erörtern. Wissenschaft und Industrie haben große Versprechungen gemacht und hohe Erwartungen geweckt.

Durch eine Untersuchung der menschlichen Gene können u.a. Erbkrankheiten festgestellt werden. Damit derart heikle Informationen über einen Menschen nicht an die Öffentlichkeit gelangen, darf eine Gendiagnose bzw. -analyse nur zu medizinischen Zwecken erlaubt sein. Wir fordern verbindliche Standards, die festlegen, wann ÄrztInnen eine Gendiagnose bzw. -analyse durchführen dürfen, und harte Sanktionen bei Verstößen gegen diese Regeln.

Die Embryonale Stammzellenforschung lehnen wir ab. Es darf kein neues Leben zerstört oder benutzt werden um daran Experimente

durchzuführen. Den Einsatz der Präimplantationsdiagnostik (PID) lehnen wir ab.

Gentechnisch hergestellte Medikamente ersetzen vielfach nur bereits vorhandene. Ihr Vorteil liegt weniger bei der Anwendung als in einer kostengünstigeren Produktion. Bei ihnen treten z. B. unerwartete Nebenwirkungen auf. Dies wird von den BefürworterInnen ausgeblendet oder heruntergespielt. Und auch hier kann niemand ausschließen, dass es sich genverändernd auf den Organismus der Patienten auswirkt.

Die Grüne Jugend Hessen fordert, dass die Forschungsmittel zur Entwicklung von alternativen Methoden, die von einer ganzheitlichen Betrachtung des Menschen ausgehen und Umwelteinflüsse als Krankheitsursachen berücksichtigen, verstärkt werden.

WissenschaftlerInnen hoffen, durch Gentechnik Medikamente gegen unheilbare Krankheiten wie Krebs und AIDS herstellen zu können. Um diese Chance zu nutzen, muss Gentechnik in der medizinischen Forschung möglich sein. Allerdings sind strenge Sicherheitsbestimmungen und unabhängige Kommissionen notwendig, die jederzeit Kontrollen vornehmen können und über die Zulässigkeit der Versuche entscheiden. Hierdurch soll ein Missbrauch zu wirtschaftlichen Zwecken verhindert werden. Um Diskriminierung zu verhindern, darf die Analyse von Erbanlagen grundsätzlich nur mit Zustimmung der Betroffenen zugelassen werden. Damit verbunden ist die Pflicht ein umfassendes Beratungsangebot zu Gendaten anzubieten, die Einräumung eines Rechtes auf Nichtwissen und absolute Zweckbindung bei der Datenverwendung.

Die Produktion von Medikamenten durch gentechnisch veränderte Organismen erfordert hohe Sicherheitsstandards, damit diese nicht in die Umgebung gelangen können. Im Genehmigungsverfahren muss der qualitative Vorteil für Mensch und Umwelt belegt

werden. Es muss zwingend eine Kennzeichnungspflicht für alle gentechnisch veränderten Medikamente bestehen.

Eingriffe in menschliche Erbanlagen sind in ihren Risiken und Folgen wissenschaftlich nicht abzuschätzen. Deshalb lehnen wir Veränderungen ab, die weitervererbt werden (keine Eingriffe in die Keimbahn). Die Möglichkeit, Menschen gezielt zu manipulieren, muss verhindert werden. Manipulationen menschlicher Zellen, die nicht der Fortpflanzung dienen (Manipulation außerhalb der Keimbahn) sind nur für medizinische Therapien zulässig. Diese müssen einem speziellen Genehmigungsverfahren unterworfen sein. Wir brauchen eine gesetzliche Regelungen für Gentests und Gentherapie. An keinem Menschen darf ohne seine aktive und informierte Zustimmung eine (experimentelle) Therapie vorgenommen werden.

Wir fordern ein Verbot jeglicher Patentierung von Lebewesen (Pflanzen, Tiere, Menschen), deren Organen, Geweben, Zellen oder Genen. Sie wäre unvereinbar mit der Einmaligkeit und Würde allen Lebens.

„Grüne Gentechnik“

In der Pflanzenzüchtung ist die Anwendung gentechnischer Methoden sehr weit fortgeschritten. Seit der Deregulierung des Gentechnik-Gesetzes steigt die Anzahl der Freilandversuche jährlich an. **Meist handelt es sich um genmanipulierte Pflanzen, die gegen Herbizide resistent sind.** So wollen die Chemiekonzerne, die sich mittlerweile auch in Saatgutfirmen eingekauft haben, neue Märkte erschließen.

Doch Gentechnik kann nicht dazu beitragen, die aktuellen Probleme der Landwirtschaft zu lösen. Statt naturgemäß zu wirt-

schaften, soll die Natur den Bedingungen einer industrialisierten Produktion angepasst werden. Die tägliche Vergiftung von Wasser, Luft und Boden würde fortgesetzt. Dadurch wird der Strukturwandel beschleunigt und die Abhängigkeit von internationalen Konzernen weiter verstärkt.

Wir fordern den sofortigen Stopp aller Freilandversuche. Freigesetzte gentechnisch veränderte Organismen sind nicht mehr rückholbar und können sich unkontrolliert ausbreiten. Die veränderten Gene können übertragen werden. Die Folgen für Mensch und Umwelt sind nicht abschätzbar. Außerdem bedroht die Grüne Gentechnik existenziell den ökologischen Landbau, der unser Leitbild einer nachhaltigen Landwirtschaft darstellt.

Die genetische Veränderung von Pflanzen, sowie den Einsatz gentechnisch hergestellter Hormone lehnen wir ab. Die Grüne Jugend Hessen unterstützt Initiativen, die vor Ort die Freisetzung transgener Pflanzen verhindern wollen.

In den Entwicklungsländern würde Gentechnik höchstens die Exportproduktion fördern, statt die lokale Nahrungsmittelknappheit zu verbessern. Durch die Verdrängung regional angepasster Sorten gefährdet sie die genetische Vielfalt. Die biotechnische Substitution von Rohstoffen aus Entwicklungsländern bedeutet für diese große ökonomische Nachteile. Tiere und Pflanzen sind das gemeinsame Erbe der Menschheit, ihre Patentierung stellt eine neue Form der Kolonisierung dar. Die Abhängigkeit von Konzernen würde weiter verstärkt.

Nahrungsmittel

In der Lebensmittelverarbeitung nimmt der Einsatz von gentechnisch hergestellten oder veränderten Nahrungsmitteln, Enzymen und

Zusatzstoffen (Farb-, Süß-, Konservierungsstoffe, Dickungs- und Geliermittel) zu. Sie dienen einer weiteren Rationalisierung und Automatisierung der Produktion.

Die VerbraucherInnen müssen vor neuen gesundheitlichen Risiken (Allergien, genverändertem Erbgut, Mutationen etc.) naturfremder, gentechnischer Konstrukte geschützt werden. Während die Verträglichkeit traditionell verarbeiteter Lebensmittel gesichert ist, gilt dies für gentechnische Produkte nicht.

Unser eigentliches Ziel ist ein Verbot der Herstellung und des Vertriebs genmanipulierter Lebensmittel. Solange dieses politisch nicht umsetzbar ist, muss die bestehende Kennzeichnungspflicht streng angewendet, überprüft und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.

AUSWEG AUS DEM VERKEHRSCHAOS

Der Verkehr ist einer der zentralen Brennpunkte in der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzpolitik. Der Verkehr ist eine der Hauptgefahren für unser Klima und unsere Landschaft. Das Verkehrswachstum und die Zersiedelung gehen Hand in Hand. Um eine zukunftsfähige Politik machen zu können, brauchen wir eine Wende in der Verkehrspolitik.

Sie muss nach folgenden Leitlinien operieren: Verkehr vermeiden, Öffentliche Verkehrsmittel stärken und verbliebenen Individualverkehr umweltfreundlich gestalten.

Zur Verkehrsvermeidung ist eine langfristige Stadt- und Regionalplanung nach ökologischen Gesichtspunkten nötig: Kurze Wege zwischen Arbeit, Wohnen und Freizeitangeboten machen lange Anfahrten überflüssig. Zur Verbesserung des Ökosystems und der Gesundheit der BewohnerInnen von Innenstädten wollen wir verkehrsberuhigte Städte.

Eine deutliche Stärkung der öffentlichen Verkehrsmittel ist für eine nachhaltige Verkehrspolitik unverzichtbar. Das Netz muss zuverlässig werden und für jeden und jede eine Alternative zum PKW werden. Besonders ländliche Regionen leiden unter einer mangelhaften Versorgung mit ÖPNV. Wo das Verkehrsaufkommen für Bus und Bahn nicht ausreicht, setzen wir auf alternative Angebote wie Anrufsammeltaxis. Das bedeutet eine Verbesserung der Lebensqualität auf dem Land besonders für junge Leute. Auch die Vernetzung verschiedener Verkehrsmittel ist wichtig. Fahrräder im Bus/der Bahn mitzunehmen sollte nach Ansicht der Grünen Jugend Hessen selbstverständlich sein. Vor allem muss der ÖPNV behindertengerecht werden. RollstuhlfahrerInnen müssen ohne fremde Hilfe in öffentliche Verkehrsmittel gelangen, Blinde selbstständig die richtige Haltestelle finden.

Die Mitnahme von Kinderwägen ist ebenfalls zu ermöglichen.

Um die Kosten für die Bereitstellung von ÖPNV-Leistungen so niedrig wie möglich zu gestalten, fordern wir konsequent die Ausschreibung aller öffentlichen Verkehrsdienstleistungen, stets unter Sicherung sozialer Standards und Sicherheitsvorgaben. Wenn der ÖPNV gewinnen soll, müssen wir die Bevölkerung für die Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel begeistern. Dazu müssen Service, Ausstattung und Taktfrequenz kundenfreundlicher werden. Ein Wettbewerb um die Erbringung von Verkehrsdienstleistungen muss diese Punkte berücksichtigen. Die guten Erfahrungen mit dem Semesterticket zeigen, dass es an der Zeit ist, ein Bürgerticket einzuführen. Langfristig plädieren wir für eine solche verbindliche Karte, die allen den kostenfreien Gebrauch des ÖPNV ermöglicht. Als ersten Schritt dahin soll ein Schülerticket nach dem Vorbild des Semestertickets eingeführt werden.

Das Angebot an Bussen, Bahnen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln darf nicht nur auf die PendlerInnen zugeschnitten sein, sondern muss auch den Freizeitverkehr mit einbeziehen. Das bedeutet

für junge Leute vor allem einen möglichst flächendeckenden NachtÖPNV bereitzustellen.

Wir verteufeln den Individualverkehr nicht grundsätzlich. Es gibt Mobilitätsbedürfnisse, die durch ihn am besten abgedeckt werden können. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, umweltfreundliche Antriebstechnologien und kleine Autos zu fördern.

Da sich die meisten Experten einig sind, dass der Bau neuer Straßen zum weiteren Wachstum des Autoverkehrs führt, fordern wir, die Mittel für den Straßenbau stark zu reduzieren. Die Investitionen in das Straßennetz sollten sich auf Wartung bestehender Wege, den punktuellen Ausbau von Engpässen und Umgehungsstraßen für besonders lärmbelastete Ortschaften beschränken. Auch für mehr Sicherheit auf den Straßen muss gesorgt werden. Die Grüne Jugend Hessen tritt deswegen für Tempolimits ein. Die Grüne Jugend Hessen spricht sich dafür aus, dass die DB-eigenen Eisenbahninfrastrukturunternehmen und damit der Löwenanteil des deutschen Schienennetzes in staatlicher Hand verbleiben. Die Trassenvergabe insbesondere im Fernverkehr sollte durch Versteigerung erfolgen (statt, wie zurzeit, zu Festpreisen). Die Aufträge für länderbestellten Nahverkehr sind grundsätzlich durch Ausschreibung zu vergeben (statt, wie zurzeit, oft freihändig an die DB).

Der Güterverkehr ist eine wesentliche Belastung für Umwelt Straßennetz. Es muss durch Energiepreise, die die Kostenwahrheit darstellen, marktkonform eingeschränkt werden. Das verbliebene Aufkommen muss zu großen Teilen auf die Schiene verlagert werden. Gewerbe und Industriegebiete ab einer bestimmten Größe brauchen einen Anschluss an das Schienennetz. Der Straßengüterverkehr muss für die Straßenschäden und Abnutzung aufkommen.

Die Grüne Jugend Hessen fordert, um diesen Strukturwandel im Verkehr zu realisieren, die Mittel für den Schienenbau stark zu

erhöhen. Die Investitionen in Bahninfrastruktur sollten sich auf die Sanierung und Beschleunigung des Bestandsnetzes v.a. in der Fläche konzentrieren. Andererseits sind sinnvolle Neubauvorhaben wie z.B. zusätzliche Gleise, Verstärkungsstrecken oder Güterzugumgehungen zu realisieren, damit die vorgesehene Zunahme des Güterverkehrs und der Ausbau des Personen-Taktverkehrs sich nicht gegenseitig im Wege stehen.

Der Luftverkehr stellt eine große Belastung für Klima und Umwelt dar. Wir müssen versuchen, attraktive Alternativangebote für kurze und mittlere Strecken zu machen. Dazu gehört zum Beispiel die Vereinfachung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs in Europa. Und auch Flugpreise müssen die ökologische Kostenwahrheit darstellen: Wir fordern die Abschaffung aller steuerlichen Sonderregelungen für Flugbenzin. Eine weitere Maßnahme ist eine Senkung der Bahnpreise, denn die Bahn ist das ökologischste Verkehrsmittel und muß attraktiver gemacht werden. Den weiteren Ausbau der Flughäfen, innerhalb und außerhalb des Zauns, insbesondere der Flughäfen Rhein-Main und Kassel- Calden lehnen wir ab. Statt sich als Konkurrenz zu betrachten sollen die deutschen Flughäfen miteinander kooperieren. Zum Schutz der Nachtruhe treten wir für ein konsequentes Nachtflugverbot, mindestens zwischen 22 und 6 Uhr, ein.

Die Lärmbelastung in der Region um die Flughäfen hat die Grenzen der Gesundheitsschädigung längst überschritten. Bereits der jetzige Fluglärm muß reduziert und besser verteilt werden. Dazu müssen die Flugrouten, der Anflugwinkel und die Aufsetzpunkte nach Lärmgesichtspunkten überarbeitet werden.

TIERE HABEN RECHTE

Tiere sind Mitgeschöpfe. Ihnen müssen eigene Rechte zugestanden werden. Es muss sich aktiv für ihren Schutz und faire Behandlung eingesetzt werden. Der Tierschutz muss einen höheren Verfassungsrang erhalten. Wir engagieren uns gegen das tägliche Missbrauchen, Quälen und Töten von Tieren in Versuchslabors, in der Massentierhaltung, aber auch in Privathaushalten.

Millionen Tiere werden jährlich in Tierversuchen gequält und getötet – viele davon bei Tests für neue Stoffe und Produkte. Es existieren längst Methoden, die ohne Tierversuche auskommen; außerdem ist die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf den Menschen nicht immer gewährleistet. Wir wollen Tierversuche weitestgehend verbieten. Nur wenn andere wissenschaftliche Methoden vollständig ausgeschöpft sind und die absolute Notwendigkeit des Versuchs nachgewiesen wurde, kann nach unserer Auffassung ein Tierversuch genehmigt werden. An der Notwendigkeit von Tierversuchen fehlt es dabei von vornherein bei der Grundlagenforschung, in der Ausbildung, in der Wehrmedizin und der Produktentwicklung.

In der Ausbildung ist den Studierenden die Wahlfreiheit zwischen alternativen Verfahren und Tierversuchen zu eröffnen. Ferner gibt es Tierzüchtungen, die darauf abzielen, die Tiere aggressiv zu machen oder die zu erheblichen Leiden, bis hin zur Lebensunfähigkeit, führen. Diese Art der Züchtungen soll nach Meinung der Grünen Jugend Hessen verboten werden.

Die Missstände bei Transport und Haltung wildlebender Tierarten sind gravierend. Die Grüne Jugend Hessen tritt für ein Verbot der privaten Haltung von Wildtieren ein und will Ausnahmen nur für artgerechte Anlagen im Bereich der Nutztierhaltung und der Zoologischen Gärten zulassen. Jeder nicht zur Artenerhaltung zwingende notwendige Import von Tieren für Zoos ist zu vermeiden.

„Pelze“ werden ausnahmslos mit Leid, Qual und Tod der gehäuteten Tiere erkaufte. Die Pelztierhaltung zu industriellen Zwecken ist daher ausnahmslos zu verbieten. Wir verurteilen aufs strengste deren Unterstützung und fordern die Auflösung jeder Pelztierfarm und ein Importverbot für jene „Zucht“-Pelze, die aus Ländern stammen, die praktische keine Tierschutzmaßnahmen kennen (z.B. Rußland, Korea).

Für uns hat die Jagd nur als Reduktionsjagd zur Wiederherstellung des natürlichen Gleichgewichts von Wald und Wild noch eine Berechtigung. Die Lust- und Trophäenjagd lehnen wir ab. Insbesondere die Fallenjagd mutet den Tieren unnötige Qualen zu.

Mit unseren Grundsätzen einer ökologischen Landwirtschaft wollen wir darauf hin wirken, dass die Bedingungen der Tierhaltung in der Landwirtschaft endlich der Rolle der Tiere als unserer Mitgeschöpfe würdig ist.

Agrarpolitik

Lebensqualität als wichtiger Faktor der Umweltpolitik hat ganz wesentlich mit der Agrarpolitik zu tun. Lebensmittelskandale, BSE und andere Horrormeldungen haben lange Zeit das öffentliche Bild der Landwirtschaft geprägt. Sie waren die Folge einer Politik, deren Ziel es war, Landwirtschaft in immer größeren Einheiten zu industrialisieren.

Unser Leitbild einer umweltgerechten Landwirtschaft ist der ökologische Landbau, der langfristig die natürlichen Lebensgrundlagen erhält. Deshalb wollen wir ihn massiv ausbauen. Er steht in besonderem Maße für gesunde, qualitativ hochwertige und schmackhafte Nahrungsmittel. Die ökologische Landwirtschaft ist durch grüne Gentechnik in ihrer Existenz bedroht. Zum Systemumbau gehört es,

die Strukturen der Agrarlobby anzugreifen, aber das Gespräch mit den einzelnen Landwirten zu suchen, die häufig selbst unter der Politik ihrer Vertreter leiden.

Ökologischen Landbau können im Endeffekt nur die VerbraucherInnen selber fördern. Denn nur wenn ökologische Produkte mit ihren höheren Preisen auch Kunden finden, wird ihre Produktion auch weiter wachsen. Deshalb ist Verbraucheraufklärung, besonders bei Kindern entscheidend. Dabei müssen wir auf die Wünsche und Lebensrealitäten der Kinder eingehen und gesunde Ernährung vom Vollkorn-Stigma befreien. Kinder müssen lernen, dass Lebensmittel wertvoll sind und deshalb ihren Preis haben.

Wenn wir ökologische Landwirtschaft auf breiter Front fördern wollen, müssen wir zusätzlich zu den bestehenden Kanälen neue Vertriebswege für ihre Produkte eröffnen. Rationale Verarbeitungsverfahren, die nicht zu Defiziten bei Qualität und Sicherheit führen dürfen, können die Preise senken und die Akzeptanz bei den Kunden erhöhen.

Exportsubventionen für Agrarprodukte der Europäischen Union müssen eingestellt werden und der Marktzugang für Produkte besonders aus den Entwicklungsländern muss sichergestellt werden. Die verbleibenden Subventionen müssen besonders kleinen, mittleren und ökologisch wirtschaftenden Betrieben zukommen, die zum Beispiel für ihre Leistungen für den Erhalt der Kulturlandschaft und für ihre Pflege traditioneller Nutztierassen und Agrarprodukte entlohnt werden müssen.

Regionale Spezialitäten und ihre Produktbezeichnungen müssen geschützt werden. Wir wehren uns gegen die Aufweichung traditioneller Produktbezeichnungen zugunsten des Einsatzes billigerer und qualitativ minderwertiger Zutaten oder Produktionsverfahren.

Eine verantwortliche Agrarpolitik schließt auch Grundsätze zur ethischen Tierhaltung mit ein. Noch immer existieren Legehennenfarmen, in denen die Tiere unter unwürdigen Lebensverhältnissen ihr Dasein fristen.

Daher unterstützen wir die gesetzlich vorgesehene Abschaffung dieser unwürdigen Form der Tierhaltung. Allerdings kann auch eine engagierte Tierschutzpolitik nicht umhin festzustellen, dass eine artgerechte Tierhaltung nur möglich wird, wenn der Fleisch- und Eierkonsum zurückgeht.

Die dezentrale Schlachthofstruktur ist, soweit sie in den letzten Jahren nicht zerschlagen wurde, zu erhalten. Der Aufbau neuer dezentraler Schlachthöfe ist zu fördern. Die Transporte von Schlachttieren dürfen dabei nur zu dem nächstgelegenen Schlachthof erfolgen und maximal vier Stunden dauern. Es soll überdies eine Begleitpflicht von Lebetiertransporten durch eine im Umgang mit Tieren erfahrene Person und eine Kennzeichnungspflicht für Fahrzeuge mit Lebetiertransporten bestehen.

Müll?!?

Abfall ist in erster Linie teuer hergestelltes und wertvolles Verpackungsmaterial, das in seiner jetzigen Form nicht mehr gebraucht wird.

Wir verschwenden durch den sorglosen Umgang mit Verpackungen wertvolle Ressourcen und Unmengen an Energie, belasten Mensch, Natur und Umwelt mit Schadstoffen und lassen den Müllberg weiter anwachsen. Ziel muss es sein, so wenig wie möglich Abfall zu produzieren. Die verbleibende Produktion muss umweltschonend erfolgen und das verbrauchte Gut muss recyclebar sein. Die Menge des Abfalls, der tatsächlich auf einer Deponie landet, muss so gering wie möglich sein.

Im Bereich der Abfallentsorgung liegen die größten Mängel der momentanen Abfallpolitik. Die Notwendigkeit der Müllverbrennung in ihrem heutigen Ausmaß ist Folge einer verfehlten Abfallpolitik. Verbrennung von Restmüll ist trotz technischer Verbesserungen umweltbelastend und bei konsequenter Umsetzung einer nachhaltigen Abfallkonzeption nicht notwendig. Wir wollen die Entwicklung sinnvoller Konzepte zur Müllverwertung und die Förderung intelligenter Produktionslösungen seitens der Industrie, die bereits bei der Produktion keine oder wenige Reststoffe anfallen lassen. Wir treten für die Umstellung auf Produkte ein, die Langlebigkeit, Reparaturfähigkeit und gute Recyclingvoraussetzungen bieten. Wir fordern ein Verbot von Müllexporten

WIRTSCHAFT, SOZIALES UND FINANZEN

Das Wirtschafts- und Sozialsystem in der Bundesrepublik Deutschland kann in seiner jetzigen Form, in der es auf stetiges quantitatives Wachstum baut, keine Zukunft haben. „Ein unendlich steigender Warenstrom kann nicht in eine endliche Welt projiziert werden“ (Club of Rome). Daher fordern wir die Orientierung an einer Politik des nachhaltigen Wachstums, die ökonomische Ziele mit den Erfordernissen ökologischen Handelns verbindet. Das Prinzip der Nachhaltigkeit ist dabei für uns nicht nur in der Umweltpolitik Leitbild, sondern bestimmt auch unser Handeln in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dies bedeutet in der praktischen Umsetzung, dass wir nicht weiterhin auf Kosten künftiger Generationen staatliches Handeln finanzieren dürfen, da heute aufgenommene Kredite den Handlungsspielraum der nächsten Generationen weiter einengen. Auch darf die Form unseres Wirtschaftens nicht dazu führen, dass wir unseren Nachkommen eine lebensfeindliche Umwelt hinterlassen. Alle politischen Entscheidungen, die heute zu treffen sind, müssen auf ihre langfristigen Auswirkungen geprüft werden.

Der medizinische Fortschritt, d.h. die Neuentwicklung von medizinischen Geräten, von neuen Therapien und Medikamenten, und nicht zuletzt auch die demographische Entwicklung der Bevölkerung und die steigende Arbeitslosenquote, lassen die bestehenden Systeme an ihre Grenzen stoßen. Dies zwingt die Verantwortlichen in Politik und beteiligten Lobbygruppen dringend zu umfangreichen Reformen.

Für den Zusammenhalt in diesem Land, der auch für Deutschland als Standort ein zentrales Argument ist, bleibt das Thema der sozialen Gerechtigkeit ein zentrales. Je zögerlicher aber die Gesellschaft auf diesen demographischen Wandel reagiert, desto mehr sozialer Sprengstoff häuft sich an. Der Druck im demographischen Kessel der deutschen Bevölkerung steigt von Jahr zu Jahr an.

Dies hat zur Folge, dass das Älterwerden in Zukunft nur noch dann in Würde gelingen kann, wenn schon heute die Weichen in den sozialen Sicherungssystemen neu gestellt werden und der Generationenvertrag neu verhandelt wird.

Hierzu müssen alle lebenden Generationen einen Beitrag leisten, will man nicht von der jungen Generation und den künftigen Generationen unmögliches erwarten. Deshalb setzen wir uns für einen Ausgleich zwischen der jungen und alten Generation, sowie zwischen Starken und Schwachen ein. Um dies zu erreichen, wollen wir grundlegende Schritte einleiten, um soziale Sicherheit für alle Menschen dieser und der nachfolgenden Generationen zu erhalten.

Wir haben den Staatshaushalt von unseren Kindern nur geborgt

Um den eben beschriebenen Grundprinzipien gerecht zu werden, muss das Ziel der Haushaltsführung, unabhängig von der politischen Ebene, das eines ausgeglichenen Haushaltes sein. Durch schwache

konjunkturelle Phasen bedingte Haushaltsdefizite und die hieraus folgende Kreditaufnahmen müssen in besseren Zeiten wieder abgetragen werden. Das strukturelle Defizit, welches sowohl im Bundes- als auch in den Länderhaushalten immense Dimensionen angenommen hat, kann nur durch konsequente Einsparmaßnahmen nachhaltig abgetragen werden. Um dieses Ziel zu erreichen ist es unabdingbar, Subventionen aller Art dauerhaft zurückzuführen. Allerdings sollte der Staat, im Sinne der sozialen Gerechtigkeit, auch andere Einnahmemöglichkeiten wie Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer (GG Art. 14 Abs. 2: „Eigentum verpflichtet.“) nutzen. Lediglich zeitlich befristete Anschubsubventionen können ihre Lenkungswirkung entfalten und machen den betroffenen Wirtschaftszweig auch nicht dauerhaft abhängig vom Staat. So befürworten wir etwa die von Anfang an zeitlich befristete Förderung regenerativer Energien durch das Erneuerbare Energiengesetz.

Zwar ist es in Zeiten einer Nachfrageschwäche Aufgabe des Staates, durch höhere Investitionen die Wirtschaftskraft zu stärken, Voraussetzung hierfür ist aber, dass in wirtschaftlich guten Zeiten wachsende Steuereinnahmen nicht zur Erhöhung von konsumtiven Ausgaben, sondern zu einer Tilgung von Schulden verwendet werden. Um dies sicherzustellen, fordern wir, dass dieser Grundsatz im Artikel 115 GG verfassungsrechtlich verankert wird. Aber selbst dann sollte die Nettoverschuldung gemessen am BIP nicht höher liegen, als das durchschnittliche Wachstum des BIP der letzten fünf Jahre. Nur so kann sichergestellt werden, dass Deutschland nicht in die Schuldenfalle tappt und der Anteil der Staatsschulden gemessen am BIP prozentual zumindest nicht weiter anwächst. Deutschland muss zurück zu einem vernünftigen und verantwortungsvollen Umgang mit Staatsverschuldung finden. Weil wir den Staatshaushalt nur von unseren Kindern geborgt haben, wollen wir den Bereich der Jugendkultur besonders hervorheben. Jugend möchte sich frei entfalten und

entwickeln, dafür braucht es Lernorte. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für eine bessere finanzielle Ausstattung im Kinder- und Jugendbereich ein.

Gerechtigkeit durch Transparenz

Nur ein einfaches und somit transparentes Steuerrecht ist gerecht. Es darf nicht hingenommen werden, dass nur derjenige, der sich entsprechende steuerberatende Leistungen einkaufen kann, von den zahlreichen Ausnahmeregelungen des Steuerrechts profitiert. Wir setzen uns daher für die Abschaffung aller Ausnahmetatbestände ein. Steuerhinterziehung muss konsequent bekämpft werden. Auch Regelungen, die eigentlich den Beziehern von niedrigen Einkommen zugute kommen sollen, leisten keinen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit. Die Steuerfreiheit von Nacht- und Feiertagszuschlägen etwa ist nichts anderes als eine verkappte Subventionierung von Arbeit außerhalb der ansonsten üblichen Arbeitszeiten. Entsteht die Notwendigkeit solcher Arbeitszeiten, ist es nicht die Aufgabe des Staates, diese zu finanzieren, sondern die des Arbeitgebers. Die Politik muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten darauf hinwirken, dass dies auch tatsächlich in angemessenem Umfang geschieht. Auch eine Leistung wie die Eigenheimzulage ist weder ökonomisch sinnvoll noch gerecht. Diese staatliche Transferleistung hat, bedingt durch die von ihr generierten Mitnahmeeffekte, zu den höchsten Immobilienpreisen weltweit geführt. Sie ist daher ebenfalls abzuschaffen. Der für viele Güter ebenfalls als verdeckte Subventionierung fungierende halbe Mehrwertsteuersatz soll künftig ausschließlich für Lebensmittel und Medikamente und gezielte ökologische Steuerungen, zum Beispiel im Transportwesen Anwendung finden. Außerdem setzen wir uns für die Einführung eines erhöhten dritten Mehrwertsteuersatzes auf Luxusgüter ein.

Einfach, ökologisch & gerecht: Das Steuersystem der Zukunft

Die Grüne Jugend Hessen spricht sich für möglichst niedrige Eingangsteuersätze bei der Einkommenssteuer aus, soweit dies im Rahmen einer verantwortungsvollen Finanzpolitik zu leisten ist. Es muss Schluss damit sein, dass Spitzenverdiener sich trotz einer nominell hohen Belastung durch zahlreiche Ausnahmeregelungen ganz legal arm rechnen können. Ein in diesem Kontext ebenfalls wichtiger Beitrag ist, dass alle Einkunftsarten, auch Miet- und Zinseinnahmen, gleich besteuert werden müssen, daher fordern wir die Abschaffung der Spekulationsfrist.

Entscheidend für ein gerechtes Steuersystem ist ein möglichst hoher Grundfreibetrag, damit gering Verdienende möglichst gar keiner steuerlichen Belastung unterliegen.

Um Familien zu entlasten, streben wir in seiner Höhe die Existenz eines jeden Kindes sicherndes Kindergeld an. Kinder dürfen kein Armutsrisiko darstellen.

Weiterhin müssen verstärkt Kinderbetreuungsangebote ausgebaut werden, um vor allen Dingen allein erziehende Eltern „Kind und Karriere“ zu ermöglichen.

Immer mehr Menschen müssen den Spitzensteuersatz zahlen, da sie durch die so genannte „kalte Progression“, bedingt durch steigende Bruttolöhne, in immer höhere Progressionszonen fallen. Um diesem Effekt zu begegnen, muss der Betrag, ab dem eine neue Progressionszone einsetzt, jährlich entsprechend dem Anstieg der Bruttolöhne angehoben werden.

Selbstverständlich müssen auch weltweit operierende Großkonzerne, die in Deutschland niedergelassen sind, ihren Beitrag zum Gemein-

wesen leisten. Es geht uns nicht darum, solche Unternehmen durch eine hohe Steuerbelastung vom Standort Deutschland fernzuhalten. Dennoch müssen Unternehmen bereit sein, für den attraktiven Standort Deutschland (z.B. gute Infrastruktur) eine angemessene Körperschaftssteuer zu entrichten.

Wir stehen daher für einen im internationalen Vergleich wettbewerbsfähigen Körperschaftsteuersatz, der allerdings auch tatsächlich zu entrichten sein muss.

Die Gewerbesteuer ist abzuschaffen. Stattdessen sind die Kommunen durch ein Hebesatzrecht an dem Aufkommen aus Einkommens- und Körperschaftssteuer zu beteiligen. Außerdem soll ihr Anteil am Aufkommen aus der Mehrwertsteuer erhöht werden, um die Einnahmen zu verstetigen. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts und verhindert das von gerade kleinen Gemeinden betriebene Dumping im Kampf um die niedrigsten Sätze bei der Gewerbesteuer.

Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für ein neues und einfaches Steuersystem ein. Eine wichtige Komponente darin muss die weitere Ökologisierung der Steuererhebung sein. Wer Umweltkosten verursacht, muss für diese auch aufkommen. Dies gilt sowohl für Unternehmen als auch für jede Privatperson. Wir fordern daher beispielsweise die Abschaffung der Pendlerpauschale und eine Mineralölsteuer, die die durch den Kfz-Verkehr verursachten Kosten auch tatsächlich abbildet. In diesem Kontext sprechen wir uns für die Abschaffung der Kfz-Steuer aus. Die dadurch den Ländern entgehenden Steuereinnahmen sind vom Bund auszugleichen.

Ausnahmeregelungen von der Ökosteuern, die insbesondere die energieintensive Industrie entlasten, sind umgehend abzuschaffen.

„Statt des bisherigen Bruttosozialprodukts brauchen wir ein Ökosozialprodukt, eine umweltökonomische Gesamtrechnung, die auch die ökologischen Folgekosten beinhaltet.“

Für ein neues Existenzgründerklima

Um eine nachhaltige Belebung des Arbeitsmarktes zu erreichen, muss die Zahl der Menschen, die den Mut aufbringen, ein eigenes Unternehmen zu gründen, drastisch zunehmen. Leider werden solchen Menschen viele unnötige Steine in den Weg gelegt. Es kann nicht sein, dass weniger Auflagen zu erfüllen sind, um ein KKW zu betreiben, als eine Würstchenbude zu eröffnen. Wir setzen uns daher für einen entschiedenen Abbau solcher Hemmnisse ein.

In diesem Zusammenhang stehen wir beispielsweise für die Abschaffung des so genannten Meisterzwangs. Dieser steht vielen Neugründungen im Handwerk im Wege. Bereits an den Schulen und Hochschulen müssen potentielle ExistenzgründerInnen adäquate Unterstützung, beispielsweise durch Informationen bezüglich der vorhandenen Förderprogramme, erfahren.

Besonders für den Erfolg neuer Umwelttechnologien ist Unternehmergeist gefragt. Wir müssen (nicht nur) junge Menschen unterstützen, die Zukunftstechnologien zum Schutz der Umwelt und des Klimas entwickeln und vermarkten. Sie sind ein entscheidender Faktor für den Erfolg Grüner Ziele.

Nicht nur die Politik, sondern auch die Finanzinstitute haben einen Beitrag zu einer Verbesserung der Ausgangslage für ExistenzgründerInnen zu leisten. Sie müssen verstärkt Risikokapital zur Verfügung stellen.

Ein neuer Geist für Bildung und Forschung

Neben einem neuen positiven Klima für Existenzgründungen bedarf es, um eine nachhaltige positive ökonomische Entwicklung sicherzu-

stellen, mehr politischen Engagements für Bildung und Forschung. Denn nur wenn entsprechend ausgebildete Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, kann der jetzige Lebensstandard erhalten oder gar verbessert werden.

Die Bedingungen für Forschung in Deutschland müssen erheblich verbessert werden. Es kann nicht weiter hingenommen werden, dass jedes Jahr viele junge ForscherInnen ins Ausland abwandern. Stattdessen muss dieses Land attraktiv für junge, talentierte ausländische StudentInnen und ForscherInnen, sowie gut ausgebildete Fachkräfte werden.

Bei der Förderung der Forschung ist es unbedingt erforderlich, das Augenmerk vor allem auf Zukunftstechnologien zu legen, die einen Beitrag zur Ökologisierung unseres Lebens leisten.

Reform der Sozialsysteme

Zur Erlangung einer nachhaltig positiven wirtschaftlichen Entwicklung bedarf es neben dem eben Beschriebenen einer weitgehenden Reform der sozialen Sicherungssysteme. Sie dürfen weder die Kosten für die Arbeit in einem nicht zu verantwortenden Maße in die Höhe treiben, noch Leistungsempfänger dauerhaft in der staatlichen Abhängigkeit gefangen halten. Ziel jeder Sozialpolitik muss es sein, die betroffenen Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Arbeitslosenversicherung

Die beschlossenen Reformen im Bereich der Arbeitslosenversicherung tragen wir mit. Die zusammengeführte Sozial-/Arbeitslosenhilfe soll jedoch nicht zentralisiert, sondern dezentral von den Kommunen

verwaltet werden. Hier existiert das notwendige Knowhow bereits und die BürgerInnennähe wird erhöht. Nach dem Konnexitätsprinzip muss der Bund als „Besteller“ der Leistung den Kommunen hierfür die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen.

Ansonsten bleibt das System des Arbeitslosengeldes grundsätzlich bestehen. Der erste Monat der Arbeitslosigkeit soll jedoch als Karenzmonat unangerechnet bleiben, um gängige Mitnahmeeffekte bei einem Arbeitsplatzwechsel zu unterbinden.

Sozial gerecht in den 2. Lebensabschnitt

Ziel einer zukunftsweisenden Rentenreform ist es neben der Einbeziehung von Selbstständigen, Beamten und Abgeordneten, auch die Säulen der privaten Vorsorge weiter auszubauen. Nur so ist es möglich, dass die Bevölkerung Vertrauen wieder in die Rente gewinnt. Der Anteil der kapitalgedeckten Finanzierung muss in den nächsten Jahren deutlich erhöht werden. Die Grüne Jugend Hessen hält an dem Äquivalenzprinzip fest, hierbei sind die Beitragsjahre nach einem strengen Schlüssel für die Berechnung entscheidend. Im Mittelpunkt unserer Politik steht hierbei der Schutz vor Armut und sozialer Ausgrenzung. Die Grüne Jugend sieht es als Ziel an, alle BürgerInnen in das Umlagesystem zu integrieren. Die bisher angefallenen Ansprüche müssen durch umgehende Bildung von Rücklagen aufgefangen werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass die nachfolgenden Generationen nicht finanziell ruiniert werden.

Langfristig sollte nicht mehr so sehr das Alter Richtgröße für den Ruhestand sein, als vielmehr die tatsächliche Lebensarbeitszeit. Bei deren Berechnung müssen auch Elemente wie Ausbildung, Erziehung oder Pflege von Angehörigen Berücksichtigung finden.

Gesundheitspolitik

Das Krankenversicherungssystem in Deutschland krankt an einem gravierenden, gewachsenen Systemfehler. Dieser besteht im dualen System, d.h. der Möglichkeit, als Selbständiger oder BesserverdienerIn eine private Krankenversicherung abzuschließen. Damit wird nicht nur eine Zwei-Klassen-Medizin gefördert, sondern auch die LeistungsträgerInnen, die einen hohen Beitrag zahlen, gezielt aus den öffentlichen Kassen herausgedrängt. Dieses duale System in der Grundabsicherung wollen wir abschaffen. Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Hessen dafür ein, das Gesundheitssystem künftig mit einer Bürgerversicherung zu finanzieren.

Das Ziel muss es sein, eine Versicherung zu schaffen, die auf dem bewährten Solidarprinzip aufbaut und zukunftsfähig ist. Das Gesundheitssystem, das ausdrücklich auch Verteilungsaufgaben wie die kostenlose Mitversicherung von Kindern einschließt, muss wie bisher mit gestaffelten Beitragssätzen gestaltet werden.

In Zukunft sollen alle Bürgerinnen und Bürger, auch Beamte, Selbstständige und PolitikerInnen ihren Beitrag für diese wichtige Aufgabe leisten. Für die Erhebung der Beiträge müssen alle Einkunftsarten zugrunde gelegt werden. Die Abschaffung der Versicherungspflichtgrenze und die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze für nicht aus Erwerbsarbeit stammendes Einkommen stärkt das Solidarprinzip und kann darüber hinaus zur dauerhaften Finanzierbarkeit der Bürgerversicherung beitragen.

Darüber hinaus müssen die Krankenkassen im Rahmen der Einführung einer Bürgerversicherung dazu verpflichtet werden, Altersrücklagen für die Versicherten anzulegen, damit auch im Alter ein stabiler Beitragssatz gehalten werden kann. Der Arbeitgeberanteil wird auf dem jetzigen Anteil eingefroren und direkt an die Versicherten ausgezahlt. Diese zahlen ihren Versicherungsbeitrag in

Zukunft komplett. Somit wird die Fiktion der paritätischen Finanzierung endlich abgeschafft und Kostentransparenz für die Versicherten geschaffen. Ein wichtiger Zukunftsweisender Schritt ist für die Grüne Jugend Hessen, die Beitragslast für den Faktor Arbeit deutlich zu reduzieren und die teilweise Abkopplung der Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung von den Einkommen aus abhängiger Arbeit zu erreichen. Dieser Schritt führt zu mehr Beitragsgerechtigkeit, hilft den Faktor Arbeit zu entlasten und sichert darüber hinaus auch noch für spätere Generationen Qualität und Sicherheit im System.

Damit wir der sozialen Verantwortung auch in spätem Jahren gerecht werden können, müssen neben der freien Mitversicherung von Kindern und erwerblosen Ehegatten auch Reformen auf der Einnahme- als auch Ausgabenseiten umgesetzt werden. Allerdings wollen wir die privaten Krankenkassen nicht vom Markt verdrängen. Sie sollen im Rahmen eines gesunden Wettbewerbs zu den gleichen Rahmenbedingungen wie die öffentlichen Kassen die Grundabsicherung und Zusatzversicherungen anbieten können. Dies sichert den Wettbewerb auf dem Markt.

Die Finanzierung der Pflege auf neue Füße stellen

Die Einführung der Pflegeversicherung war ein gut gemeinter sozialpolitischer Schritt, der sicherlich für viele Menschen eine Besserung gebracht hat. In vielen Fällen wurde sie jedoch faktisch eine Erbenversicherung auf Kosten der Allgemeinheit.

Eine kapitalgedeckte Vorsorge ist nach Auffassung der Grünen Jugend Hessen der einzig zukunftsfähige Weg, um die notwendigen Pflegeleistungen für alle Menschen sicherzustellen. Deshalb ist eine verpflichtende private Vorsorge die beste Lösung.

Arbeitswelt

Unserer Meinung nach werden in der Zukunft Arbeitsmarktmodelle wie Teilzeitarbeit, Arbeitszeitverkürzung und Sabbatjahre, je nach wirtschaftlicher Situation des Unternehmens, verstärkt an Bedeutung gewinnen. Lebenslange Weiterbildung ist in einer flexiblen Arbeitswelt, die immer höhere Anforderungen stellt, unabdingbar. Des Weiteren halten wir einen flexiblen Tarifvertrag als gerechte und ökonomische Aushandlung für sinnvoll. Wir wollen keine erpressbaren ArbeitnehmerInnen, die ständig um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Somit bleibt auch der Kündigungsschutz in seiner Substanz erhalten.

Durch eine gezielte und sinnvolle Förderung des Niedriglohnsektors, eben nicht nach amerikanischem Vorbild, können viele Minijobs geschaffen werden. Durch diese Maßnahme kann die Schwarzarbeit nachhaltig bekämpft werden.

Bildung

Bildung ist die Grundlage für die Entwicklung junger Menschen. Sie prägt entscheidend die Persönlichkeit aller und ist ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung. Daneben ist sie der wichtigste Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes. Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Bildung, denn nur unter optimalen Bedingungen für die Entfaltung persönlicher Potenziale ist Chancengleichheit gegeben. Wer mehr Eigenverantwortung fordert und Freiheiten einräumt, der muss auch dafür sorgen, dass alle annähernd gleich gute Startvoraussetzungen haben. Der frühkindlichen Bildung und Betreuung kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

Das Bildungssystem muss auf die Bedürfnisse eines jeden Einzelnen Rücksicht nehmen. Deshalb muss eine hohe Durchlässigkeit gewähr-

leistet werden. Das gilt für den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsformen ebenso wie für den Zugang beispielsweise zur Hochschulbildung. Neben der Systemfrage gilt es dabei vor allem eines zu beachten: Gute Bildung kostet mehr Geld, als gegenwärtig für sie ausgegeben wird.

SCHULE

Jeder Mensch hat das Recht auf eine gute Schulausbildung, die den Grundstein zur persönlichen und beruflichen Bildung legen soll und muss. Unser wichtigsten Anforderungen an die Schule lauten:

- sie muss soziale Kompetenz vermitteln,
- sie soll zu selbstständigem Denken anregen,
- sie soll über Staat und Gesellschaft aufklären,
- sie soll eine Allgemeinbildung vermitteln und
- sie muss jungen Menschen das „Lernen des Lernens“ beibringen.

Dabei ist die Entwicklung junger Menschen ins Zentrum jeder (schulischen) Ausbildung zu setzen. Schule muss sich an ihren Schülerinnen und Schülern und deren individuellen Bedürfnissen orientieren, ohne die Allgemeinheit aus dem Auge zu verlieren. Ohne eine gute schulische Bildung kann es auch keine erfolgreiche Berufsausbildung geben, denn mit der schulischen Bildung entscheidet sich in vielen Fällen in Deutschland immer noch der berufliche Weg eines Menschen. Dabei muss die Schule das Gleichgewicht zwischen allgemeiner Bildung und Berufsvorbereitung wahren. Die Grüne Jugend Hessen wehrt sich gegen jegliche Tendenzen, die Vielfalt der Bildung auf Grund wirtschaftlicher Interessen zu beschneiden.

Um alle diese Ziele zu erreichen, sollten wir endlich die überholten Vorstellungen von Schule und Bildung beiseite legen und neue Wege in der Bildungspolitik gehen.

Unser oberstes Ziel ist ein guter, qualitätsvoller Unterricht für jede Schülerin und jeden Schüler. Dabei ist es von großer Bedeutung, dass Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen Abschlusszielen möglichst lange in einer Klasse zusammen lernen. Deshalb fordern wir die Abschaffung des bisherigen gegliederten Schulsystems durch eine neue Basisschule. In ihr sollen alle Schülerinnen und Schüler bis zur 9. Klasse gemeinsam unterrichtet werden. Wir wollen, dass starke und schwache Schülerinnen und Schüler sich gegenseitig unterstützen und so alle profitieren. Einer Über- oder Unterforderung Einzelner wird durch individuelle Förderangebote entgegengewirkt.

Manche Begabungen zeigen sich erst spät. Um möglichst viele dieser Begabungen zu entdecken, ist es des Weiteren unerlässlich, auch das Unterrichtsangebot in den ersten Jahren zu erweitern. So setzen wir uns für das Erlernen von Fremdsprachen bereits in der Grundschule ein. Ebenso verlangen wir ein breites Angebot an künstlerischen und handwerklichen Fächern. Derartige Begabungen werden bisher in den staatlichen Schulen kaum oder gar nicht gefördert.

Menschen, besonders auch die Lernleistungen junger Schüler, können nicht durch eine Zahl bewertet werden. Die Benotung ist durch eine schriftliche Bewertung am Ende des Schuljahres zu ersetzen. Wo Noten unverzichtbar sind, soll ihnen eine schriftliche Begründung beigegeben werden. Die Nichtversetzung soll abgeschafft werden.

Dass wir in der Bildungspolitik völlig neue Wege gehen müssen, haben uns zahlreiche Studien gezeigt. Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Hessen für die Einführung alternativer Unterrichtsformen ein. Hierzu gehört die Abschaffung des 45-Minuten-Rhythmus, da dieser verhindert, dass sich die Schülerinnen und Schüler intensiv mit dem zu lernenden Stoff auseinandersetzen. Wir wollen Projektunterricht, fächerübergreifendes Lernen und selbstständiges Arbeiten in

Kleingruppen in höheren Klassen fördern. Dazu ist es nötig, dass Lehrer in Teams zusammenarbeiten, um Inhalte zu koordinieren und sich auszutauschen. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für einen Wandel vom klassischen Frontalunterricht hin zu mehr Lerngruppen und zur praktischen Anwendung des erworbenen Wissens ein.

Die individuell beste Förderung ist eine zentrale Aufgabe des öffentlichen Bildungssystems. Grundlage für diese individuelle Förderung ist der Zugang aller zu dem ihnen persönlich angemessenen Bildungsweg. Wir halten dies für ein entscheidendes Gebot der Gerechtigkeit.

Schülerinnen und Schüler aus einem bildungsschwachen Umfeld und/oder mit Lernschwierigkeiten, aber auch Hochbegabte brauchen eine besondere Unterstützung. Um die gleichen Startchancen aller zu sichern, treten wir für die frühe verpflichtende Teilnahme an Deutschkursen für alle Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen ein. Die Förderung besonderer Leistungen muss dabei auch bei handwerklich-künstlerisch begabten Kindern greifen.

Besonderes Augenmerk ist auf Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund zu legen. Sie werden zu oft nur als Problem angesehen, anstatt ihre besonderen Fähigkeiten zu betrachten und diese zu fördern. Die in Ansätzen vorhandene Mehrsprachigkeit ist ein solcher Schatz, den es zu heben gilt. Die Förderung der Muttersprache ist in diesem Zusammenhang ebenso wichtig wie das Erlernen der deutschen Sprache. Wir wollen den „muttersprachlichen Unterricht“ der Vergangenheit in einen freiwilligen Sprachunterricht umwandeln, der allen offen steht.

Individuelle Förderung und sozialer Ausgleich finden in einer qualitativen Ganztagsbetreuung gute Rahmenbedingungen. Gerade für

Kinder aus soziokulturell benachteiligten Schichten können hier Angebote gemacht werden, die für sie zu Hause nicht zugänglich sind. In diesem Betreuungsangebot sollten eine individuelle Hausaufgabenbetreuung enthalten sein sowie Angebote z.B. im sportlichen oder künstlerischen Bereich. Hierbei können auch qualifizierte außerschulische Betreuungspersonen (z.B. aus Sportvereinen) hinzugezogen werden; es ist jedoch darauf zu achten, dass der Staat nicht von seiner Aufgabe entbunden wird, qualifiziertes Personal für den Nachmittagsunterricht einzustellen. Der Staat hat auch dafür zu sorgen, dass geeignete Räumlichkeiten für ein kostenloses Mittagessen sowie eine entsprechende Anbindung mit dem ÖPNV auch nachmittags gewährleistet sind. Ein Teil dieser Ganztagsangebote sollte auch eine schulbegleitende Ausbildung sein. Den Schülerinnen und Schülern soll die Möglichkeit geboten werden, nachmittags erste praktische Erfahrungen zu sammeln. Doch auch hier gilt: Die Schulen sollen in der Gestaltung dieser Angebote autonom sein.

Eine klare Absage dagegen erhält von uns das Zentralabitur. Landesweite zentrale Abschlussprüfungen werden nicht zu einer Qualitätsverbesserung der Schulen beitragen, da sie nur das Lernen auf bestimmte Vorgaben hin bewirken. Bildung aber ist das Vermögen, Probleme selbst zu lösen und nicht vorgegebene Lösungen zu wiederholen.

Die Schulautonomie der staatlichen Schulen zu stärken ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, denn über mehr Schulautonomie werden auch die Schulen unterschiedlicher und individueller. Dabei ist die Kontrolle über erstellte „Schulprofile“ zu gewährleisten. Um einen qualitativ guten Unterricht zu erreichen, muss jedoch auch die Ausbildung der zukünftigen Pädagogen verbessert werden. Die veränderten Voraussetzungen in der Schule müssen sich in den Unterrichtsmethoden widerspiegeln. Die Grüne Jugend Hessen fordert

daher ein verpflichtendes Praktikum für Lehramtsstudenten, vermehrte Angebote von Didaktikveranstaltungen und verbindliche Inhalte für das Kernstudium. Das Referendariat in der heutigen Form ist zudem überarbeitungsbedürftig.

Aber auch nach Beendigung der Ausbildung dürfen sich Lehrer nicht auf ihrem bisher erworbenen Wissen ausruhen, sondern müssen verpflichtend regelmäßig an Fortbildungen teilnehmen - auch in den Ferien. Der Schule muss es möglich sein, Lehrer gegebenenfalls zu entlassen.

Um den veränderten gesellschaftlichen Umständen Rechnung zu tragen, sind auch Änderungen an der Fächerstruktur unumgänglich. Anstelle des herkömmlichen Religionsunterrichtes sollte das Fach Ethik eingeführt werden. In diesem Fach sollen Grundkenntnisse über verschiedene Religionen, Philosophie und Ethik vermittelt werden.

Um der gewachsenen Rolle der Medien Rechnung zu tragen, muss der kritische Umgang mit verschiedenen Medien, besonders mit Film, Fernsehen und Internet, Eingang in die Lehrpläne finden oder als eigenes Fach etabliert werden.

Schließlich wird an der Schule nicht nur gelernt, sondern auch gesellschaftliches Zusammenleben und Demokratie erprobt. Durch das Engagement von Kindern und Jugendlichen in der Schülervertretung lernen diese schon früh, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Sie lernen außerdem, sich mit anderen auseinanderzusetzen und für die Interessen einer Gruppe einzutreten. Durch diese gelebte Demokratie erfahren die Schülerinnen und Schüler mehr über politisches Handeln, als es ihnen der Politikunterricht je beibringen könnte. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung der

Schülervertretung ein. Wir fordern, dass die Schülerinnen und Schüler in den Schulkonferenzen ebenso stark wie die Lehrer vertreten sind; außerdem sollten die Schülervertretungen endlich ein allgemeinpolitisches Mandat erhalten, da es keinen plausiblen Grund gibt, ihnen eine Äußerung zu außerschulischen Themen zu verwehren.

HOCHSCHULE

Die Hochschulen spielen in mehrerer Hinsicht eine wichtige Rolle im Bildungssystem: Sie leisten Ausbildung auf hohem wissenschaftlichen Niveau, legen in der Forschung wichtige Grundlagen für unsere Entwicklung und sind ein Ort des Nachdenkens, der Reflexion und der Diskussion.

Für die wirtschaftliche wie gesellschaftliche Entwicklung ist es wichtig, dass alle jungen Menschen die Chance zur Hochschulbildung bekommen. Das ist zum einen ein Gebot der Gerechtigkeit, denn nur wenn allen gemäß ihren Begabungen alle Bildungswege offen stehen, ist Chancengleichheit zumindest annähernd zu erreichen. Zum anderen ist es ein Gebot der wirtschaftlichen Entwicklung: Nur wenn wir genügend hervorragend ausgebildete Akademiker, unabhängig von Klasse, Geschlecht und Herkunft hervorbringen, sind die sozialen Systeme trotz sinkender Geburtenraten finanzierbar und unsere Wirtschaft langfristig international konkurrenzfähig.

Die bisherige Bildungspolitik ist an diesem Punkt gescheitert. Die Wurzeln für den unzureichenden Zugang soziokulturell benachteiligter Schichten zur Hochschulbildung sehen wir allerdings nicht nur bei den Hochschulen, sondern vor allem in den Selektionsmechanismen der vorschulischen und schulischen Bildung, die es bislang nicht geschafft haben, allen Kindern gleichermaßen Bildungsperspektiven zu eröffnen.

Finanzierung der Hochschulen

In Zeiten zunehmender Automatisierung und höchster Arbeitsproduktivität bei gleichzeitig zurückgehenden Jahrgangsbreiten muss in Zukunft ein relativ größerer Anteil einer Generation eine Hochschulausbildung absolvieren. Deshalb muss das Hochschulstudium attraktiver gemacht werden. Dazu zählen deutlich verbesserte Studienbedingungen und eine völlig erneuerte Studienfinanzierung, die die Begrenzungen des heutigen BAföG ablegt. Wir befürworten hier ein Modell nach dem Vorbild des BAFF (Bundesausbildungsförderungsfonds).

Von Studierenden, die neben ihrem Studium arbeiten, sich um ihre Familie kümmern, sich politisch engagieren und Zusatzqualifikationen wie Praktika und Auslandsaufenthalte anstreben, kann ein Abschluss in der Regelstudienzeit nicht erwartet werden. Neben der Lebenssituation der Studierenden tragen vor allem die schlechte Organisation der Hochschulen, die katastrophale Raumnot, unbesetzte Lehrstühle und fehlendes Lehrpersonal sowie die allgemein mangelhafte Verwaltung zu den langen Studienzeiten bei. Die Qualität eines Abschlusses kann somit nicht an der Studiendauer bemessen werden. Gerade wenn eine Hochschule nicht nur bloße Ausbildung bietet, sondern auch Gelegenheit gibt, Kritikfähigkeit und Mündigkeit zu schulen, Zusatzqualifikationen zu erwerben und es den Studierenden als eigenständigen Menschen selbst überlässt, wie lange sie ihr Studium als sinnvoll betrachten, kann die Qualität der Ausbildung nachhaltig verbessert werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Diskussion über Mittelkürzungen für Hochschulen und die Einführung von Studiengebühren der falsche Weg. In Deutschland nehmen gerade mal 30% der Schulabgänger ein Studium auf, im internationalen Durchschnitt sind dies über

50%. Gerade für den Bildungsstandort Deutschland sind Studiengebühren deshalb eine volkswirtschaftliche Katastrophe und ihre Einführung deshalb abzulehnen.

Am effektivsten können gut verdienende Akademiker durch ein gerechtes Steuersystem an den Kosten ihrer Ausbildung beteiligt werden. Wir fordern die Universitäten weiter dazu auf, eine Kultur der Alumni-Vernetzung aufzubauen, die die Verbundenheit ehemaliger Studenten mit ihrer Universität fördert und so Spenden einwirbt. Weiterhin werden die Universitäten aufgefordert, ein besseres Umfeld für Teilzeitstudentinnen und Teilzeitstudenten zu schaffen, damit das Hochschulumfeld deren Lebensrealitäten angepasst werden kann.

Darüber hinaus lehnen wir den Ausschluss vom Studium bei Überschreitung der Regelstudienzeit und das Aufrechnen verschiedener Hochschulabschlüsse ab.

Lehre und Forschung

Wir fordern eine eingehende Evaluation der Lehre, um die Leistungen der Hochschule sowie der ihr angehörenden Forschenden und Lehrenden zu bewerten und damit die Einflussnahme von Studierenden auszuweiten. Darüber hinaus soll eine Evaluation zur Verbesserung des Lehr- und Studienangebots und zur Rechenschaftslegung der Hochschule gegenüber der Öffentlichkeit dienen.

Vor allem die Lehrer- und Lehrerinnenausbildung muss durch intensivere didaktische Schulung und eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen und Hochschulen sowie durch eine gründlichere Praktikumsbetreuung verbessert werden. Eine Reform der Hochschulen muss schon in der Schule der Tendenz entgegenwirken, dass nur das

Abitur und das anschließende Studium als Leistung akzeptiert wird. Durch eine verbesserte Beratung und Information über Studieninhalte und -abläufe können sich junge Menschen gezielter zwischen Berufsausbildung und Studium entscheiden.

Durch eine allgemeine Einführungsphase im ersten Semester, betreute Schnupperstudiengänge und die Möglichkeit, in den Anfangssemestern mit möglichst geringem Zeitverlust einen Fachwechsel zu vollziehen, sowie durch die Anerkennung fachbereichsfremder aber fachbezogener Leistungen als qualifizierte Leistungsnachweise wird den Studierenden eine sinnvolle Möglichkeit zur Selbstgestaltung ihres Studiums gegeben.

Die Balance zwischen Grundlagenforschung und anwendungsbezogener Forschung muss gewahrt bleiben. Darauf ist besonders dann zu achten, wenn Drittmittel aus der Wirtschaft im Spiel sind. Die Hochschulen dürfen ihre Funktion als Instanz kritischer Forschung nicht im Wettstreit um Zuschüsse der Wirtschaft aufs Spiel setzen.

Die Grüne Jugend Hessen erkennt die entscheidende Rolle der Ingenieurs- und Naturwissenschaften für die wirtschaftliche Entwicklung an. Wir brauchen in den kommenden Jahren immer mehr Abgänger aus diesen Fächern, um Deutschland international konkurrenzfähig zu halten. Trotzdem dürfen die Geistes- und Gesellschaftswissenschaften in Folge dessen nicht abgebaut werden. Sie sind wichtige Instanzen der Reflexion über unser Zusammenleben, schreiben unsere kulturelle Tradition fort und sind eine gute Schule für eine Vielzahl von beruflichen Tätigkeiten, die Denkstrukturen erfordern, wie sie im Umgang mit komplexen Theorien erlernt werden.

Struktur

Wichtiger Schritt für eine Reform ist die Erweiterung der Selbstverwaltung und die Demokratisierung der Hochschule. Hierzu fordern wir eine paritätische Besetzung der Gremien, um die Mitbestimmung der Studenten zu verbessern.

Das Ungleichgewicht von Forschung und Lehre muss durch gezielte Förderung der Lehre aufgehoben werden. Der überbesetzte und lähmende Verwaltungsapparat muss transparenter und effektiver gestaltet werden, um eine bessere Nutzung der vorhandenen Mittel zu gewährleisten. Wir fordern, möglichst vielen Menschen ein Studium zu ermöglichen, in dem über besondere Aufnahmeprüfungen auch Nicht-Abiturienten ein Weg in die Universitäten eröffnet wird.

Die Rolle der Fachhochschulen muss aufgewertet werden. Ihre Ausbildung bietet besonders da eine Alternative zu den Universitäten, wo ein höherer Praxisbezug und eine direkte Ausbildung auf konkrete Berufsbilder gefragt sind. Die bisher bestehenden Beschränkungen, zum Beispiel bezüglich der Vergütung von FH-Professuren oder der Entlohnung von FH-Absolventen im öffentlichen Sektor, sind zu überdenken.

Frauenförderung

Mit der Behauptung, es gäbe eine geschlechtsneutrale Wissenschaft, wird noch heute die Notwendigkeit der Frauenförderung und -forschung von den meisten Professoren bestritten. Wenn wir einmal die Utopie einer gleichberechtigten Gesellschaft umsetzen wollen, brauchen wir die Frauenforschung, die die Ursachen für die Benachteiligungen in unserer Gesellschaft im Blick hat und Wege zu Veränderungen erarbeitet. Die feministische Wissenschaft hat in der letzten

Zeit in fast allen Fachbereichen wertvolle Ergebnisse hervorgebracht. Die Grüne Jugend Hessen fordert deshalb die Berücksichtigung der Frauenförderung und Frauenforschung an allen Fachbereichen der Hochschulen. Dies kann kurzfristig durch Gastprofessuren und Lehraufträge geschehen. Langfristig müssen Professuren ganz oder teilweise der Frauenforschung gewidmet oder entsprechend umgewidmet werden. Wir wollen Frauen an den Hochschulen durch „quantitative Förderpläne“ unterstützen, die für die neu zu besetzenden Stellen gilt, und eine Frauenzielquote fördern. Wir fordern, dass diese Zielquoten bis in die einzelnen Institute differenziert werden müssen, um die Begrenzung auf „frauenspezifische“ Gebiete zu verhindern.

Die Kinderbetreuung an den Hochschulen (auch stundenweise) muss ausgeweitet werden. Die Einführung eines Teilzeitstudiums ist insbesondere für Frauen, die Kinder oder andere Verwandte zu betreuen haben, wichtig. Dies wird dazu beitragen, dass die vielfältigen Lebenspläne von Frauen endlich auch im Wissenschaftsbetrieb gelebt und auch hier „Patchworkbiographien“ verwirklicht werden können.

BERUFLICHE BILDUNG

Neben Schul- und Hochschulbildung kommt den anderen Wegen der beruflichen Bildung eine große Rolle zu. Den größten Anteil daran hat die berufliche Bildung im dualen Ausbildungssystem. Wirtschaft und Gesellschaft arbeiten hier zum beiderseitigen Vorteil zusammen und teilen die Ausbildung in betriebliche und schulische Teile. Wir wollen an diesem System, das weltweit einer der größten Exporterfolge des deutschen Bildungssystems ist, weitgehend festhalten. Die Politik muss aber dafür sorgen, dass alle Ausbildungsplatzsuchenden auch tatsächlich einen Ausbildungsplatz bekommen. Sollten freiwillige Bemühungen scheitern, ist es nötig, Betriebe, die nicht ausbil-

den, durch ein Umlagesystem an der Finanzierung neuer betrieblicher Ausbildungsplätze zu beteiligen. Darüber hinaus sind die Tarifpartner aufgefordert, die Rahmenbedingungen für Ausbildung zu verbessern.

Viele andere Berufe, zum Beispiel im Gesundheitswesen, werden durch Berufsschulen ausgebildet. Diese arbeiten teilweise auf Hochschulniveau, was auch dadurch unterstrichen wird, dass ihre Fächer in vielen anderen Ländern der EU an Hochschulen unterrichtet werden. Wenn die Grüne Jugend Hessen daher ein gebührenfreies Hochschulstudium fordert, so muss dies auch für solche Einrichtungen gelten. Bei privaten Einrichtungen muss sichergestellt sein, dass es von staatlicher Seite Kreditprogramme gibt, die allen die Möglichkeit, dort zu lernen, offen hält. Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, in ein erneuertes System der Studienfinanzierung und – förderung auch diese Ausbildungswege einzubeziehen, etwa so, wie das bereits beim Meister-BAföG vorgemacht wurde.

INTERNATIONALE POLITIK

Für eine multilaterale Weltordnung

Mehr als zehn Jahre nach dem Ende des kalten Krieges sieht sich die Gemeinschaft der Völker einer unipolaren Weltordnung ausgesetzt. Dieser setzen wir ein gleichberechtigtes Miteinander aller Staaten im Rahmen einer durch konsequente Reformen erheblich gestärkten UN entgegen. Auf welche Weise Konflikte ausgetragen werden, darf nie mehr von einem einzelnen Staat entschieden werden, wie dies im dritten Golfkrieg geschehen ist. Wir setzen uns daher für ein Gewaltmonopol des UN-Sicherheitsrates ein, welcher natürlich auch weitgehender Reformen bedarf, damit er nicht weiterhin von der Willkür einzelner Vetomächte abhängig ist. Dazu muss der Sicherheitsrat ein wirklich demokratisches Organ werden.

Die immer stärker wachsende Verflechtung der Weltwirtschaft und der rasant ansteigende Verkehr von Menschen und Informationen erfordern eine neue Betrachtungsweise der internationalen Beziehungen. Deshalb setzt die Grüne Jugend Hessen auf eine Global Governance, die langfristig zu einer Weltinnenpolitik führen wird. Der Integrationsprozess der Europäischen Union kann dafür an vielen Punkten Vorbild sein. Gleichzeitig muss diese neue globale Perspektive Gegenstand der Bildung werden. Die Lehrpläne unserer Schulen müssen, zum Beispiel im Geschichtsunterricht, ihre Konzentration auf die deutschen Verhältnisse lockern.

Als Mitglied der UNO, der OSZE, der EU und der NATO ist Deutschland verpflichtet, seinen angemessenen Beitrag zur kollektiven Sicherheit und zum Erhalt des Weltfriedens und zur Einhaltung der Menschenrechte und des Völkerrechts zu leisten.

Einfach gesagt ist unsere Vision kein Weltpolizeistaat, in dem ein Staat aus seiner hegemonialen Stellung heraus die Rolle des Weltpolizisten übernimmt. Unser Modell ist das eines Weltrechtsstaates, in dem die UNO eine zentrale Rolle einnimmt und ein rechtlicher Rahmen das Zusammenleben der Völker bestimmt. Diese neue Ordnung muss nach menschenrechtlichen, ökologischen, sozialen, demokratischen, friedlichen und freiheitlichen Maßstäben gestaltet werden. Ziel der Grünen Jugend Hessen ist eine Staatengemeinschaft weltoffener Demokratien. Der Erfolg der europäischen Einigung kann hierbei Ansporn für andere Teile der Welt sein, ebenfalls einen Weg der Kooperation statt der Konfrontation zu wählen.

Alle Bemühungen der Staatengemeinschaft müssen darauf ausgerichtet sein, dass wir in möglichst naher Zukunft in einer entmilitarisierten Welt leben, in der der Interessenausgleich zwischen Staaten nicht mehr auf dem Schlachtfeld, sondern nur noch auf diplomatischem Parkett stattfindet.

Für die Grüne Jugend Hessen ist es von elementarer Bedeutung, dass das Völkerrecht von allen Staaten anerkannt und eingehalten wird. Deshalb unterstützen wir die Arbeit des internationalen Strafgerichtshofs in vollem Umfang. Kein Land darf sich seiner Gerichtsbarkeit entziehen. Seine Einrichtung stellt einen zivilisatorischen Meilenstein dar.

ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG

Wir plädieren nachdrücklich für eine auch und gerade in ökonomischer Hinsicht gerechte Weltordnung. Während die Vereinigten Staaten und die Europäische Union scheinbar stets für eine Öffnung der Märkte eintreten, belegen sie Importwaren mit Zöllen oder erschweren den Zugang für Produkte gerade aus Entwicklungsländern durch die Subventionierung eigener Industriezweige. Ein besonders negatives Beispiel stellen hier die immensen Agrarexportsubventionen der EU dar. Solche Handelsbarrieren müssen beseitigt werden. Von den ökonomischen Chancen der Globalisierung können nur dann alle Staaten profitieren, wenn ein wirklicher Freihandel ermöglicht wird, der auch zur Verschlechterung der Lage in den entwickelten Ländern führen kann. Es muss aber besonders für Entwicklungsländer möglich sein, zeitlich begrenzte und ökonomisch begründete Einfuhrstopps zu erlassen, um gezielt die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.

Unser Ziel für die meisten Wirtschaftszweige aber ist schon aus ökologischen Gründen ein regionaler Markt. Eine Spekulationssteuer für internationale Devisentransaktionen können wir uns vorstellen, wenn gleichzeitig sichergestellt ist, dass dadurch nicht einfach nur der internationale Handel erschwert und die Wechselkursfreiheit nicht prinzipiell angegriffen wird und es keine großflächigen Ausweichmöglichkeiten etwa durch die Abwicklung in Steueroasen gibt.

Neben einem besseren Zugang zu den Märkten müssen Entwicklungsländer natürlich nach wie vor auf vielfältige Weise gefördert werden. Ein wichtiger Aspekt ist hier ein weitgehender Schuldenerlass, der allen Entwicklungsländern, die demokratische Strukturen aufweisen, gewährt werden soll. Auch ist die gezielte Förderung von Projekten, welche sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll sein müssen, Teil der Verantwortung der Industrienationen. Dabei muss die Hilfe der Industrieländer auf den Aufbau autonomer Strukturen in den Entwicklungsländern setzen und damit die Unabhängigkeit von Hilfeleistungen vorbereiten.

Jede klassische Entwicklungshilfe kann nicht mehr bewirken, als die Sicherung des Überlebens der unterstützten zu sichern, solange die grundlegenden Strukturen der globalen Wirtschaft nicht verändert werden.

Entwicklungshilfepolitik der Zukunft muss sich auf Hilfe zur Selbsthilfe konzentrieren und einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung leisten. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen für einen fairen Handel geschaffen werden. Deutschland soll dem Appell der UNO nachkommen und 0,7 % des BIP pro Jahr für Entwicklungshilfe bereitstellen.

Aber auch die Entwicklungsländer selbst sind aufgerufen, sich zu reformieren. Demokratie, bessere Bildung und die Einhaltung der Menschenrechte stabilisieren Länder nicht nur, sondern schaffen auch notwendiges Vertrauen, um Investitionen aus dem Ausland anzuziehen. Länder, die diese Voraussetzungen erfüllen, können mit einem kompletten Schuldenerlass rechnen. Viele asiatische Länder haben bewiesen, dass es kein unveränderliches Schicksal sein muss, ein Entwicklungsland zu sein. Das Prinzip des Förderns und Forderns muss auch bei der Zuteilung von Entwicklungshilfe beachtet werden. Staaten, die bereit zu Reformen sind, sind verstärkt zu fördern.

INTERNATIONALE ENTWICKLUNG UND FRIEDENSPOLITIK

Die Vereinten Nationen (UNO) bedürfen einer dringenden Reform. Die UNO ist das Herzstück der internationalen Ordnung und Hauptrahmen für eine weltweite Ordnungspolitik, bei der die Menschenrechte im Zentrum stehen. Die Grüne Jugend Hessen will die Rolle der UNO stärken. Dies kann durch eine notwendige Reform ihrer Organisation erfolgen. Insbesondere der Weltsicherheitsrat, der immer noch die Machtverhältnisse des Jahres 1945 widerspiegelt, muss reformiert werden, da seine Zusammensetzung keine angemessene Repräsentanz der heutigen Verhältnisse auf dem Globus darstellt. Außerdem sprechen wir uns für die Abschaffung des Vetorechts einzelner Mitglieder aus. Ziel muss der friedliche Interessenausgleich zwischen allen Mitgliedsstaaten sein, der alle ökologischen und sozialen Aspekte prioritär berücksichtigt.

Durch das Ende des kalten Krieges sind eine Neudefinition der Rolle der NATO und eine Neugestaltung ihrer Organisation längst überfällig geworden. Die Einbindung der USA in multinationale Organisationen stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass die USA trotz ihrer faktischen Sonderrolle als gleichberechtigter Partner in der Staatengemeinschaft mitwirken. Um dies sicherzustellen, setzen wir uns für eine duale Organisationsform der NATO ein. Innerhalb der NATO soll nur noch eine Abstimmung zwischen den USA und Europa erfolgen. Es muss sichergestellt werden, dass die europäischen NATO-Staaten ihre Positionen im Vorfeld klären und mit einer Stimme sprechen. Nur so ist eine wirksame Zusammenarbeit mit den USA möglich.

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) müssen bei ihrer Kreditvergabe mehr als bisher Rücksicht auf die ökonomischen, kulturellen, ökologischen und politischen Verhältnisse in den

zu fördernden Ländern bei der Auswahl der Projekte nehmen. Ziel der Staatengemeinschaft muss es sein, bei sich anbahnenden Konflikten im Vorfeld de-eskalierend einzugreifen. Ist der Konflikt trotz allem nicht mehr abzuwenden, sind gewaltfreie Lösungsstrategien, die Einstellung der diplomatischen Beziehungen oder Embargos anzuwenden. Um Embargos wirksamer als bisher werden zu lassen, fordern wir die Schaffung eines Sanktionshilfefonds für nicht boykottierte, aber vom Embargo betroffene Staaten. Da die Menschenrechte jedoch ein Kernpunkt unserer Politik sind, sind wir nicht gewillt, unter dem Deckmantel der „inneren Angelegenheiten“ eines Landes zuzusehen, wie Völkermord betrieben wird. In solchen Ausnahmesituationen muss die internationale Staatengemeinschaft entschiedener als in der Vergangenheit intervenieren, damit sich Tragödien wie in Ruanda, Bosnien-Herzegowina oder im Kosovo nicht wiederholen. Dies muss im vollen Bewusstsein geschehen, dass Soldaten nie Frieden schaffen können, aber sehr wohl akute Menschenrechtsverletzungen und Völkermord beenden können. Man muss sich aber immer vergegenwärtigen, dass der Frieden danach mühsam durch zivile Konfliktbewältigung und Konfliktüberwindung neu zurück gewonnen werden muss. Sollte ein Eingreifen militärischer Natur zur Verhinderung etwa von schwersten Menschenrechtsverletzungen angezeigt sein, so muss dieses Eingreifen völkerrechtskonform sein.

Wir wollen eine Welt ohne Massenvernichtungswaffen. In einem ersten Schritt muss verhindert werden, dass Massenvernichtungswaffen weiter verbreitet werden, in einem zweiten müssen dann weltweite Abrüstungsvereinbarungen getroffen werden, deren Umsetzung in jedem Land von UN-Waffeninspektoren kontrolliert werden kann. Staaten, die an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, oder Staaten, die nicht als Demokratien angesehen werden, dürfen keine Rüstungsexporte und keine Militär-, Ausbildungs- und Aus-

bildungshilfe erhalten. Landminen und Streubomben müssen geächtet und weltweit schnellstmöglich beseitigt werden.

EUROPA

Europa ist ein Erfolgsmodell. Nach Jahrhunderten der kriegerischen Auseinandersetzungen hat nach dem 2. Weltkrieg eine Entwicklung eingesetzt, die ohnegleichen ist. Souveräne Staaten „vergemeinschaften“ freiwillig Kompetenzen und sichern somit Freiheit, Frieden und Wohlstand. Die Grüne Jugend Hessen sieht im gemeinsamen Haus, das auf der Großbaustelle Europa errichtet wird, unsere gemeinsame Zukunft. Es ist heute schon mehr als ein gemeinsamer Markt. Europa eint nicht nur die bittere Erkenntnis, dass Kriege keine Sieger kennen, sondern auch das Streben nach realer sozialer Chancengleichheit als Voraussetzung für Stabilität im Inneren. Dies alles geschieht in laizistischen Staaten, die sich der Idee der Aufklärung verschrieben haben.

Die Grüne Jugend Hessen ist der Auffassung, dass der Verfassungsentwurf ein Meilenstein in der europäischen Integration ist. Dennoch muss es möglich sein, den Verfassungsgebungsprozess kritisch und konstruktiv zu begleiten. Mit dieser Verfassung wird Europa mehr als ein Staatenbund. Jedoch muss unseres Erachtens die Integration weiter voranschreiten. Wir treten für eine Stärkung des europäischen Parlaments ein. Die auch weiterhin starke Rolle des Ministerrats bei der Gesetzgebung muss zugunsten eines zweiten Legislativorgans (ähnlich dem deutschen Bundesrat) reduziert werden, in das die nationalen Regierungen Vertreter entsenden, damit das Prinzip der Gewaltenteilung sichergestellt ist. Das nationale Proporzdenken bei der Besetzung der Kommission muss aufhören.

Die Grenzen müssen hierfür aber auch in den Köpfen überwunden werden. Eine europäische Demokratie braucht auch eine europäische Öffentlichkeit. Die Grüne Jugend Hessen fordert die europäischen

Parteien deshalb auf, nicht nur Fraktionsgemeinschaften im Europaparlament und lose Zusammenschlüsse auf europäischer Ebene zu bilden, sondern die Gründung europäischer Parteien voranzutreiben. Aufklärung über europäische Politik muss auch über die Medien erfolgen. Die Grüne Jugend Hessen begrüßt daher europäische Fernsehsender.

Europa soll sich aber nicht nur um sich selbst drehen, sondern auch seiner globalen Verantwortung gerecht werden. Um die Globalisierung aktiv und gerecht zu gestalten, brauchen wir ein einiges Europa.

Politische Organisation

Europa ist Vielfalt, die es in all ihren Facetten zu erhalten gilt. Integration und Vielfalt schließen sich jedoch nicht aus, wenn Subsidiarität praktiziert wird. (Dies bedeutet, dass bei jeder Gesetzgebungstätigkeit der EU zu prüfen ist, ob eine Regelung auf europäischer Ebene kompetenzrechtlich gestattet und auch wirklich erforderlich ist.) Ein Europa der Bürgerinnen kann nur entstehen, wenn die Entscheidungen so nah wie möglich bei den Wählerinnen und Wählern getroffen werden. Für die Grüne Jugend Hessen reicht es jedoch nicht aus, dass das Prinzip der Subsidiarität auf europäischer Ebene Verfassungsrang bekommt. Ein Kompetenzkatalog muss in der Verfassung abschließend regeln, welche gesetzgeberischen Kompetenzen der EU zustehen. Hierbei ist zu prüfen, ob aufgrund des Prinzips der Subsidiarität nicht sogar Kompetenzen nach unten zurückgegeben werden können. Insbesondere ist die vorgesehene Flexibilitätsklausel im Verfassungsentwurf zu kritisieren, durch die die EU unter bestimmten Umständen Rechtsakte erlassen darf, auch wenn ihr die Verfassung hierzu keine Kompetenz zubilligt. Zur Kontrolle bedarf es eines europäischen Kompetenzgerichts, das nur dafür da ist, Kompetenzfragen zu klären. Es soll sich aus Richtern der Verfassungsgerichtshöfe der Mitgliedsstaaten zusammensetzen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein geeintes Europa kann mit seiner Außenpolitik wesentlich mehr erreichen als jeder Mitgliedsstaat im Alleingang. Inhaltlich bedeutet dies insbesondere, dass die Außen- und Verteidigungspolitik so weit wie möglich europäisiert wird. Da jedoch momentan leider immer noch an dem Prinzip der Einstimmigkeit festgehalten wird, sagen wir Ja zur verstärkten Zusammenarbeit zwischen einer kleineren Zahl von Mitgliedsstaaten. Diese Zusammenarbeit muss dann auf klaren Regeln beruhen, transparent und für alle Mitgliedsstaaten offen sein.

Mit der neuen Europäischen Verfassung wird das Amt der neuen europäischen Außenministerin bzw. des neuen Außenministers geschaffen, was wir mit der Perspektive einer echten europäischen Außenpolitik außerordentlich begrüßen.

Das Europa, das wir wollen, soll sich international für Frieden, Demokratie und sozialen Ausgleich einsetzen.

Wir befürworten eine stärkere Kooperation der Nationalstaaten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Wir legen hierbei einen erweiterten Sicherheitsbegriff zu Grunde, der über rein militärisch-strategische Erwägungen hinausweist. In Anbetracht einer veränderten Bedrohungslage nach dem Ende des kalten Krieges sind große nationale Armeen, die auf Landesverteidigung ausgerichtet sind, nicht mehr angemessen. Ein Pooling der militärischen Kapazitäten auf europäischer Ebene kann zu mehr Effizienz und Einspareffekten führen. Europa benötigt zu seiner Verteidigung keine 25 nationalen Einzelarmeen, sondern muss seine Fähigkeiten so abstimmen, dass es in der Lage ist, im Petersberg-Spektrum auf internationale Krisen zu reagieren. Deshalb halten wir die Schaffung einer europäischen Armee in Fortentwicklung der schnellen Eingreiftruppe der EU

grundsätzlich für sinnvoll. Voraussetzung ist allerdings die Gewährleistung der parlamentarischen Kontrolle. Diese Kontrolle soll vom Europäischen Parlament ausgeübt werden.

Erweiterung

Die Erweiterung der EU um osteuropäische Staaten ist bereits geschehen und wird von der Grünen Jugend Hessen begrüßt. Hierdurch wird eine widernatürliche Trennung Europas überwunden, die das persönliche Schicksal von Millionen von Menschen in Ost und West geprägt hat.

Bezüglich der Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien ist klar, dass ihnen eine europäische Perspektive mittelfristig eröffnet werden muss. Slowenien ist ein Beispiel, das auch den anderen südosteuropäischen Staaten Mut machen sollte. Die Aufnahme Bosnien-Herzegowinas und Albanien wird zeigen, dass die EU eben kein „christlicher Club“ ist und nicht auf einer gemeinsamen Religion, aber sehr wohl auf gemeinsamen Werten und Erfahrungen basiert. Jedoch stellt sich für die EU früher oder später die Frage nach der eigenen Grenze. Hiermit kann nicht die geographische gemeint sein, denn wo die EU aufhört, ist eine rein politische Entscheidung. Hierfür müssen individuell differenzierte und abgestufte Antworten gefunden werden. Der Beitritt ist an demokratische, rechtsstaatliche und wirtschaftliche Kriterien zu binden.

Junges Europa / Bildung europäisch buchstabieren

Europa wird nur zusammenwachsen, wenn die Menschen näher zusammenrücken. Nur wer sich kennt, kann eine gemeinsame Identität entwickeln. Junge Leute haben heute vielfältige Möglichkeiten, Europa kennen zu lernen, was gleichzeitig aber auch ihre Verant-

wortung ausmacht, nämlich die europäische Einigung in die Praxis umzusetzen. Jede Form des Austauschs ist dabei wertvoll: Das Erlernen von Fremdsprachen, das Arbeiten oder Studieren in einem anderen Land, die Teilnahme an multinationalen Veranstaltungen von Kultur über Politik bis zum Sport. Die Grüne Jugend Hessen macht sich deshalb stark für die grenzüberschreitende Ausbildung junger Leute. Ausschlaggebend ist für uns, dass diese Möglichkeit breiten Schichten offen steht und keine Frage der sozialen Herkunft ist. Das reformierte Auslands-BAföG ist ein guter Schritt in die richtige Richtung. Doch die Fördermöglichkeiten müssen dringend ausgebaut werden. Das gilt insbesondere für die europäischen Programme, die oftmals nur symbolischen finanziellen Ausgleich leisten. Zudem sollten die Programmmittel unbürokratischer und schneller abzurufen sein. Daher muss die Förderung von Jugendbegegnungen (Comenius, Erasmus, JUGEND etc.) höchste Priorität haben.

Mobilität zwischen den Bildungssystemen der einzelnen Nationalstaaten muss durch eine bessere Anerkennung der erbrachten Leistungen einfacher möglich sein. Der „Bologna-Prozess“, durch den bis 2010 ein europäischer Hochschulraum entstehen soll, ist für uns ein zentrales Mittel, um unsere Hochschulbildung zu internationalisieren. Dies muss sowohl durch eine strukturelle als auch durch eine inhaltliche Europäisierung geschehen. Durch die bis 2005 geplante Einführung zweigliedriger Studienzyklen (Bachelor und Master) wird der Hochschulwechsel erleichtert. Die inhaltliche Dimension zielt auf die Einbeziehung europäischer Aspekte in die Curricula aller Fächer. Auch müssen sich die deutschen Hochschulen für ausländische Studierende öffnen. Mehr Lehrveranstaltungen in englischer Sprache können ausländischen Studierenden den Zugang erleichtern. Es bleibt jedoch auch Aufgabe der Nationalstaaten, ihren BürgerInnen die Teilhabe am europäischen Leben zu ermöglichen. Sie sollten zum Beispiel den Fremdsprachenunterricht intensivieren und ihre Einwohner besser über die EU informieren.

Die europäische Einigung wird nur Wirklichkeit, wenn unsere Lebensentwürfe wirklich europäisch werden.

Stabilitätspakt

Den europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt wollen wir erhalten. Er ist Voraussetzung für eine stabile Währung und darüber hinaus für eine prosperierende europäische Wirtschaft. Im Sinne der Nachhaltigkeit nationaler Haushaltspolitik sind die Kriterien des Wachstumspaktes sinnvolle Benchmarks zur Disziplinierung und Konsolidierung. Nur durch eine solide Finanz- und Haushaltspolitik kann die europäische Wirtschaft im internationalen Wettbewerb langfristig konkurrenzfähig bleiben. Die Einhaltung der Maastrichter Kriterien ist im Sinne europäischer Solidarität verpflichtend für jedes Mitgliedsland. Die europäischen Wirtschaften sind eng verflochten. Wirtschaftspolitische Entscheidungen der Nationalstaaten wirken sich direkt und indirekt auch auf die europäischen Nachbarn aus. Deshalb muss insbesondere für die größte Wirtschaft der EU, für Deutschland, die europäische Verantwortung klar sein. Deutschland kann als Wirtschaftsmotor der Union glänzen, es kann aber ebenso als gesamteuropäische Bremse wirken. Deutsche Wirtschaftspolitik muss sich deshalb an den selbst auferlegten europäischen Kriterien orientieren.

GLEICHBERECHTIGUNG

Besser gleich-berechtigt als später!

Noch 1949 musste Elisabeth Selbert bei der Erarbeitung des Grundgesetzes im Parlamentarischen Rat hart kämpfen, bis im Artikel 3, Absatz 2, festgeschrieben wurde, dass „Männer und Frauen ... gleichberechtigt (sind)“. Dies ist ein ausdrücklicher Handlungsauftrag an

den Gesetzgeber und alle Staatsgewalten, dem Gleichberechtigungsgrundsatz in allen Lebens- und Rechtsbereichen Geltung zu verschaffen. Es ist ferner ein Gebot der Gerechtigkeit, das allen Menschen gleiche Teilhabechancen verschaffen will und für einen sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft eintritt. Aber auch eine nicht-heterosexuelle Orientierung ist oft noch immer ein Diskriminierungsgrund.

Heute ist dieser Auftrag immer noch nicht umgesetzt: Politik, Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und private Geschlechterbeziehungen werden von Männern bestimmt und dominiert. Wir fordern, diesen „Verfassungsbruch in Permanenz“ (Selbert) zu beenden. Deshalb müssen wir für unsere Vorstellung einer gleichberechtigten Gesellschaft kämpfen. Dabei sind die Benachteiligungen von Frauen subtiler geworden. Wir dürfen Gleichberechtigungspolitik nicht auf die private Ebene abdrängen, indem wir an mehr Partnerschaft appellieren. Gleichberechtigungspolitik muss Frauen und Männer mit einbeziehen. Es ist wichtig, dass Männer die Verwirklichung der Gleichberechtigung als Gemeinschaftsaufgabe verstehen und erkennen, dass sie selbst dabei nur profitieren können.

Ein sinnvoller Ansatz zur Verwirklichung von Gleichberechtigung ist das so genannte Gender Mainstreaming. Die im Jahre 1995 auf der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking verabschiedete Leitlinie zum Thema Gender Mainstreaming markierte einen wichtigen Schritt zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen. Mittlerweile hat auch die Europäische Union diesen Ansatz als Leitprinzip übernommen und seit 1999 auch Deutschland – es wird nun höchste Zeit, Gender Mainstreaming in allen Lebensbereichen konsequent umzusetzen.

Gender Mainstreaming zielt darauf ab, bestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern zu beseitigen, indem in allen Bereichen

des öffentlichen Lebens Strukturen und Denkmuster, die zur Benachteiligung von Frauen und Männern führen, verändert werden. Geschlechtsbewusstes Verhalten muss durch Gender-Trainings in allen Institutionen und Organisationen gefördert und zum handlungsbestimmenden Prinzip werden.

Die Grüne Jugend fordert, dass bei der Vergabe öffentlicher Mittel darauf geachtet wird, dass die Empfängerprojekte und –institutionen Gender Mainstreaming erfolgreich umsetzen. Die 50%-Quote für Frauen muss solange in allen gesellschaftlichen Bereichen angewandt werden, bis eine tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreicht ist.

Wir alle müssen unsere eigenen Lebensentwürfe frei wählen und verwirklichen können und dürfen nicht von Geburt an in bestimmte Verhaltensmuster gezwungen werden. Dazu gehört auch eine offener Definition des Begriffs Familie. Wir wollen, dass alle Lebensgemeinschaften, in denen Kinder aufwachsen, als Familie definiert werden und dass diese Lebensgemeinschaften in gleichem Maße wie „konventionelle Familien“ finanzielle Vergünstigungen erhalten.

Um es Frauen und Männern zu erleichtern, sich sowohl für Kinder als auch für eine erfolgreiche Karriere zu entscheiden, brauchen wir eine flexiblere Regelung des Erziehungsurlaubs. Das bedeutet für uns, dass Eltern in den ersten 14 Lebensjahren der Kinder frei über ein so genanntes Erziehungsurlaubskonto verfügen können, um den Erziehungsurlaub zum Beispiel im Krankheitsfalle des Kindes jederzeit in Anspruch zu nehmen. Der zeitliche Rahmen des Erziehungskontos sowie die Höhe des Erziehungs- und Kindergeldes hängen jedoch grundsätzlich davon ab, ob Männer ein Mindestmaß an Erziehungsurlaub wahrnehmen. Ausnahmeregelungen sind insbesondere für Alleinerziehende möglich.

Frauen oder Männer, die hauptberuflich ihre Kinder erziehen oder sich im Erziehungsurlaub befinden, müssen ein vom Einkommen des Partners/der Partnerin unabhängiges, steuerfinanziertes Erziehungsgeld erhalten und eine eigenständige Alterssicherung haben. Die finanzielle Abhängigkeit des/der Kindererziehenden vom Hauptversorger der Familie muss auf ein Minimum reduziert werden. Um Erziehenden den Wiedereinstieg in ihren Beruf zu erleichtern, müssen kostenlose Plätze in Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Ganztagschulen flächendeckend zur Verfügung stehen sowie flexiblere Arbeitszeitmodelle in allen Berufssparten endlich Anwendung finden.

Wir wollen, dass in Deutschland Frauen, egal welcher Herkunft, ein freies und selbst bestimmtes Leben führen können, ohne diskriminiert zu werden oder sich vor Gewalt fürchten zu müssen. Daher fordern wir, dass entsprechende frauenspezifische Projekte und Beratungsstellen finanzielle Unterstützung erhalten. Ausländischen Frauen muss ein unabhängiges Aufenthaltsrecht zugestanden werden, um sie von der Abhängigkeit vom Ehemann zu befreien.

Das Thema der Geschlechtergerechtigkeit muss frühzeitig in der familiären Erziehung und in schulischen Lehrplänen eine Rolle spielen, damit für zukünftige Generationen eine in jeder Hinsicht gleichberechtigte und genderbewusste Gesellschaft Selbstverständlichkeit wird.

Wir stellen uns queer

Lesben und Schwule in Deutschland leben heute freier und selbstbestimmter als jemals zuvor. Viele Ziele, wie die Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes und die Rehabilitierung homosexueller NS-Opfer, wurden in den vergangenen Jahren erreicht. Solange es jedoch

immer noch nicht egal ist, ob ein Mensch schwul, lesbisch, bisexuell, transgender oder heterosexuell ist, wird immer ein Stück zum Glück fehlen. Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Hessen zum einen dafür ein, dass gesellschaftliche Toleranz zu Akzeptanz wird, und zum anderen dafür, dass die völlige rechtliche Gleichstellung erreicht wird.

In der Frage der rechtlichen Gleichstellung spielen die Verfassungen eine wichtige Rolle. Wie zahlreiche Landesverfassungen vorsehen, soll auch die hessische Landesverfassung und das Grundgesetz dahingehend ergänzt werden, dass niemand aufgrund seiner sexuellen Identität oder Orientierung benachteiligt werden darf. Das geplante Antidiskriminierungsgesetz muss auch Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender schützen. Selbstverständlich muss in diesem Kontext die Eheschließung auf den Standesämtern dem Besiegeln von eingetragenen Lebenspartnerschaften gleichgestellt werden. Der Flucht- und Asylgrund „sexuelle Identität oder Orientierung“ ist anzuerkennen.

Da das Bundesverfassungsgericht klar gemacht hat, dass es kein verfassungsrechtliches „Abstandsgebot“ zwischen der Ehe und der eingetragenen Lebenspartnerschaft gibt, steht der vollen Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft rechtlich nichts mehr im Weg. Wir fordern deshalb den politischen Willen zur vollständigen Gleichbehandlung ein. Dazu gehört auch eine neue Betrachtung der Familie: Familie ist, wo Kinder sind. Deshalb müssen so genannte Regenbogenfamilien vollständig als Familien anerkannt werden. Auch im Adoptionsrecht dürfen Transgender, Homo- und Bisexuelle nicht diskriminiert werden.

Jugendliche müssen ihre sexuelle Identität oder Orientierung entdecken. Aufgabe von Schule und Jugendarbeit ist es, ihnen dabei zu helfen. Die gleichberechtigte Darstellung von heterosexuellen und

allen anderen Lebensformen in Rahmenlehrplänen und Lehrmaterialien ist genauso sicherzustellen wie die Behandlung und Enttabuisierung aller Formen der Sexualität durch die Sexualaufklärung im Unterricht. Schwule und lesbische Jugendgruppen sind zu unterstützen. Freie Träger der Jugendarbeit, die Lesben und Schwule diskriminieren, sollen keine Zuwendungen mehr erhalten. Das Transsexuellengesetz muss an die heutige Zeit angepasst werden.

Bislang waren ältere und alte Schwule, Lesben, Bisexuelle und Transgender weitgehend unsichtbar. Unter dem Motto „Gay and Gray“ formieren sich selbstbewusste schwule und lesbische Seniorinnen und Senioren. Die herkömmliche Altenarbeit ignoriert ihre Lebenssituation jedoch bisher nahezu vollständig. Hier ist ein Umdenken erforderlich.

Ziel unserer politischen Arbeit ist es, Schwulen- und Lesbenpolitik durch die vollständige Akzeptanz und Gleichberechtigung in unserer Gesellschaft als eigenständigen Politikbereich überflüssig zu machen.

KULTUR

Die Art und Weise unseres Umganges miteinander, unseres Denkens und unseres Handelns werden durch unsere kulturelle Prägung bestimmt. Es ist nicht so sehr unsere biologische Ausstattung als vielmehr eine Art kulturelle DNA, die definiert, was wir sind. Kulturpolitik in einem erweiterten Sinne ist damit eines der entscheidenden Politikfelder, wenn es um die Gestaltung des Zusammenlebens in einer Gesellschaft geht.

Im Kern dieses Kulturverständnisses agiert die traditionelle Kulturpolitik, also die Politik, die sich um Kunst und Wissenschaft kümmert – aber auch die anderen Politikfelder, die mit den Bedingungen der

Möglichkeit kultureller Produktion und kulturellen Lebens befasst sind. Die Grüne Jugend Hessen misst dieser Politik eine entscheidende Rolle für die Gestaltung sowohl im ästhetischen wie im eigentlich politischen Sinne bei. Kulturpolitik hat sich um eben jene Bedingungen der Möglichkeiten zu kümmern und nicht um die Inhalte der künstlerischen Tätigkeiten. Im Sinne einer offenen und wandlungsfähigen Gesellschaft setzen wir dabei auf Vielfalt, vertikal wie horizontal: Die Kulturpolitik muss zum einen die Vielfalt der vorhandenen Kulturen anerkennen und fördern und zum anderen jungen Künstlerinnen und Künstlern und neuen Kunstformen die nötigen Entfaltungsspielräume zugestehen. Die Grüne Jugend Hessen fordert deshalb, die staatliche Förderung von Kultur, die uns in Deutschland eine in der Breite und Spitze einzigartige Kulturlandschaft beschert hat, zu erhalten und auszubauen.

In einer Gesellschaft, die immer weniger Energie in die materiellen Produktionsprozesse legen muss, wächst die Bedeutung der Kultur zunehmend. Sie ist eine Orientierungs- und Reflexionsinstanz der Wissensgesellschaft. Das steigende Interesse an der Beschäftigung mit der Kultur gerade in der jungen Generation, die wie selbstverständlich mit den neuen Informationstechnologien groß geworden ist, wird durch die Studentenzahlen in den Kulturwissenschaften eindrucksvoll belegt. Die heutige Generation beschäftigt sich also bei weitem nicht nur mit Bits und Bytes, sondern auch weiterhin und verstärkt mit Büchern und Ballett.

In diesem Prozess hat die Politik ihr Augenmerk auf die Seite der Produzentinnen und Produzenten ebenso zu legen wie auf die der Zuschauer, Besucher und Teilnehmer – und nicht zuletzt auf die Durchlässigkeit zwischen diesen beiden Gruppen.

Der Zugang zu kulturellen Angeboten ist auch wesentlich eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, besonders, da diese Angebote einen wich-

tigen Teil der Bildung darstellen. „Kultur für alle“ ist für die Grüne Jugend Hessen auch weiterhin ein wichtiger Grundsatz. Er zielt für uns aber weniger auf die Inhalte und Formen der Kultur als vielmehr auf ihre Vermittlung und die Erfüllung der Bedingungen für einen Zugang möglichst vieler zum kulturellen Angebot. Es ist Aufgabe der Bildung, möglichst breite Schichten an kulturellen Höchstleistungen teilhaben zu lassen. Dazu muss die Bedeutung der künstlerischen, literarischen und nicht zu vergessen auch musischen Fächer als zentrale allgemeinbildende Komponente in der Schule gestärkt werden – besonders auch in Haupt- und Realschulen. Aber auch die Geisteswissenschaften spielen hier eine bedeutende Mittlerrolle. Geisteswissenschaftliche Studiengänge, die sich ganz bewusst fernab einer Orientierung an festen Berufsbildern bewegen, müssen an unseren Universitäten erhalten bleiben.

Vielfalt in der Kultur ist eine elementare Voraussetzung für künstlerische Höchstleistungen. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich auch weiterhin für die Unterstützung der großen kulturellen Institutionen wie Stadttheater, Oper und Ballett ein. Allerdings haben diese Institutionen einen großen Reformbedarf. Wir drängen darauf, hier flexiblere und schlankere Modelle einzuführen. Es kann nicht sein, dass ob der Alimentierung eingefahrener Bürokratieapparate die relativ viel geringeren Mittel für die freie Szene gekürzt werden und dort empfindlichen Schaden anrichten. Besonders kleine, junge und ungebundene Initiativen verdienen die Unterstützung der öffentlichen Hand. Sie machen vor, wie man auch mit weniger Geld und einer schlankeren Verwaltung neue Ideen umsetzen und so besonders ein junges Publikum anziehen kann.

Die Grüne Jugend Hessen ist froh über die Vielfalt an Kulturen, die es in unserem Land gibt. Deshalb setzt sich die Grüne Jugend Hessen für eine Förderung, für eine aktive Beschäftigung mit und für ein

aktives Kennenlernen von „fremden“ Kulturen ein. Dazu müssen Elemente fremder Kulturen stärker in die öffentliche Kulturarbeit und –politik einfließen. Außerdem sollte auch die Schule das Kennenlernen unterschiedlicher Kulturen und Religionen aktiv aufnehmen und unter Einbeziehung von Schülerinnen und Schülern aus den jeweiligen Kulturräumen diese Kulturen den jungen Menschen näher bringen.

Dabei sollte der Staat seine Förderung besonders den Zweigen der Kultur zukommen lassen, die ohne ihn nicht überlebensfähig wären. Die Unterhaltungsindustrie bedarf keiner Alimentierung durch die Allgemeinheit. In diesem Zusammenhang drängen wir auch die öffentlichrechtlichen Medien auf die Einhaltung ihrer bildungs- und kulturrelevanten Aufgaben. Die Grüne Jugend Hessen setzt sich in diesem Zusammenhang dafür ein, besonders den neuen Formen der Jugendkultur größere Spielräume zu geben. In den Grenzbereichen von bildender Kunst, Theater, Film und Video, Club- und Jugendkultur entwickeln sich kulturelle Ausdrucksformen, die oftmals weniger einer umfangreichen finanziellen Förderung als vielmehr einer politisch-administrativen Toleranz und Unterstützung bedürfen. In diesem Kontext spielt die Gestaltung urbaner Lebensräume, bezahlbarer Wohnraum in den Innenstädten und ein toleranterer Umgang mit Sperrstunden, Ausschankgenehmigungen und anderen bürokratischen Hemmnissen eine entscheidende Rolle.

Die Grüne Jugend Hessen unterstützt den Föderalismus in der Kulturpolitik. In den Städten und Ländern können sich Entscheidungen über die Vergabe von Mitteln näher an den Gegebenheiten und Bedürfnissen vor Ort orientieren und so zur gewünschten kulturellen Vielfalt beitragen. Trotzdem unterstreicht die Grüne Jugend Hessen die Notwendigkeit einer Bundeskulturpolitik für eine Reihe zentraler Aufgabenfelder.

Eine besonders wichtige Rolle der Kultur sieht die Grüne Jugend Hessen in der internationalen Verständigung. Zwischen Kulturen als Bezugsrahmen für Denken und Handeln zu vermitteln, tut im Zeitalter der Globalisierung Not. Wir fordern daher ausdrücklich einen Ausbau der internationalen Kulturarbeit – auch als Beitrag zur Konfliktprävention. Auch für das Zusammenwachsen Europas spielt Kultur eine entscheidende Rolle. In allen kulturpolitischen Feldern, besonders aber in der Bildung, muss die europäische Perspektive fest verankert sein. Aus diesem Grund setzen wir uns auch für eine europäische Filmförderung ein. Der mangelnde europäische Austausch in diesem wichtigen Medium muss durch ein geeignetes Förderprogramm gestärkt werden.

Schließlich gilt es, als eine der technischen Voraussetzungen des Kulturbetriebes ein Urheberrecht zu gestalten, das die Interessen von Produzenten und Produzentinnen und Nutzern und Nutzerinnen von Kulturgütern gleichermaßen schützt. Die Grüne Jugend Hessen bekennt sich dabei nachdrücklich zum Grundsatz des freien Zugangs zu Wissen und Information. Freilich wird ohne ein geeignetes Urheberrecht eine wichtige Grundlage der Kunstproduktion infrage gestellt. Dennoch gilt es, besonders unter den Bedingungen des digitalen Zeitalters, die Auswüchse dieser Regelungen einzudämmen. Dabei spielt die Verfallsdauer des Urheberrechts-Anspruches nach dem Tod einer Künstlerin oder eines Künstlers eine wichtige Rolle. Wir halten die aktuell gültigen Fristen und Regelungen für überzogen. Es sollte insbesondere wissenschaftlichen Einrichtungen gestattet sein, Maßnahmen zum Umgehen von Kopierschutzverfahren zu veröffentlichen. Das jetzige Verbot ist ein Einschnitt in die Forschungsfreiheit.

Die Grüne Jugend Hessen fordert bei CDs und anderen elektronischen Musikdatenträgern nachdrücklich das Recht auf Privatkopie.

Wir sprechen uns gegen die Kriminalisierung von Urheberrechtsverstößen aus, sofern sie nicht gewerbsmäßig erfolgen. Das Ordnungswidrigkeitsrecht reicht zum Schutz des Urheberrechts aus. Es ist sicherzustellen, dass Industriestandards wie der der „Compact Disc“ von allen Anbietern eingehalten werden und folglich eine Kompatibilität von Hard- und Software sichergestellt wird. Andernfalls müssen Tonträger sehr deutlich zum Beispiel als Un-CDs gekennzeichnet werden. Die Grüne Jugend Hessen spricht sich dafür aus, die Verbraucherverbände zu unterstützen, um den Interessen der Kulturkonsumentinnen und Konsumenten mehr Gewicht zu verleihen.

DROGEN

Für eine tolerante, gerechte und vernünftige Drogenpolitik! Repression ist der falsche Weg.

Die Drogenpolitik in Deutschland ist gescheitert. Statt einer wirksamen Verminderung der Probleme mit Drogen sind Teile der Drogenpolitik selbst zur Hauptursache von Problemen geworden.

Während in Deutschland derzeit in allen Bereichen gespart wird, leisten wir uns einen teuren, aber erfolglosen Kampf gegen Drogen. Für Grenzüberwachung, Strafverfolgung und andere repressive Maßnahmen im Bereich Drogen werden jährlich Milliarden von Euro ausgegeben, ohne dass damit echte Erfolge erzielt würden. Andere Bereiche der Drogenarbeit wie Prävention, Aufklärung oder Hilfe- und Therapieangebote müssen mit deutlich weniger Mitteln auskommen.

Trotz weiterer Verschärfungen im Strafrecht und einem enormen Aufwand im Bereich Strafverfolgung wird der Markt für illegale Drogen kaum eingeschränkt. Die Preise für Drogen sind seit Jahren am Sinken und die Verfügbarkeit von Drogen ist gerade in Großstädten hoch.

Die verbreitete Behauptung, Strafverfolgung hätte eine bedeutsame generalpräventive Wirkung, ist nicht belegbar. Alle bisherigen Untersuchungen zeigen, dass zwischen der Anzahl von Drogenkonsumenten und der Härte der Repression kein signifikanter Zusammenhang besteht. Beispielsweise konsumieren in den Niederlanden, wo Cannabis legal erhältlich ist, prozentual gesehen nicht mehr Personen als in Deutschland.

Weitere Folge der Repressionspolitik ist z.B. eine zunehmende Einschränkung von Bürgerrechten. Die Bekämpfung des Drogenhandels war in den vergangenen Jahren immer wieder Begründung für die Ausweitung von Telefonüberwachungen, schärfsten Verkehrskontrollen und ähnlichen Maßnahmen. Auch der brutale Einsatz von Brechmitteln gegen Drogendealer zeigt, mit welchen unverhältnismäßigen Maßnahmen versucht wird, das Drogenverbot durchzusetzen - gleichwohl ohne Erfolg.

Die Diskussion über Drogen ist hochgradig emotionalisiert. Es besteht ein großer Aufklärungsbedarf über die Ursache und Wirkung der derzeitigen Drogenpolitik.

Die meisten der sogenannten Drogentoten in Deutschland sind Opfer einer falschen Drogenpolitik.

Soziale Ausgrenzung, ein schlechter allgemeiner Gesundheitszustand, Infektionskrankheiten wie HIV und Hepatitis und versehentliche Überdosierungen sind Ursachen für die meisten Sterbefälle. Diese Probleme ließen sich durch eine andere Drogenpolitik deutlich mildern.

Unser Leitbild: Selbstbestimmung

Die Grüne Jugend Hessen vertritt den Standpunkt, dass jede/r sich selbstständig für oder gegen den Konsum einer Droge entscheiden sollte.

Wir fordern die Legalisierung weicher Drogen und ihren kontrollierten Verkauf durch pharmakologisch ausgebildetes Fachpersonal. Die KäuferInnen dieser Substanzen müssen über die Risiken des Konsums aufgeklärt werden. Auch Alkohol und Tabak sollten nur in Drogenfachgeschäften verkauft werden.

Aufklärung und Prävention

Prävention, die versucht, mit Abschreckung und Verboten vom Drogenkonsum abzuhalten, ist nicht der richtige Weg.

Der Grundgedanke von Prävention und Hilfestellung muss wieder in den Vordergrund einer grünen Drogenpolitik gerückt werden. Nur so lassen sich die Kriminalisierung von KonsumentInnen oder Vorbehalte in der Gesellschaft abbauen und die Ausgrenzung von Süchtigen verhindern.

Sucht und Abhängigkeit sind gesamtgesellschaftliche Probleme. Vielfältige Suchtformen machen differenzierte Behandlungsformen notwendig, wie z.B. freiwillige Therapieansätze. Spezifische Zielgruppen benötigen bedarfsorientierte Überlebens- und Ausstiegshilfen. Wir stehen für den Grundsatz Therapie und Hilfe statt Strafe und Verfolgung.

Je weniger sich Personen mit Drogenproblemen ausgegrenzt oder als Kriminelle fühlen, umso eher nehmen sie Beratungs- und Hilfsangebote auch wahr. Je früher eine Person selbst erkennt, dass sie oder er ein Problem haben, umso größer sind auch die Chancen, dieses Problem allein oder zusammen mit anderen zu lösen.

Erste Schritte

Zunächst sollten der Besitz geringer Mengen jeder Droge und somit die Konsumenten entkriminalisiert werden. Außerdem sollte es

flächendeckende Angebote zur Qualitätskontrolle von Drogen (speziell für Ecstasy und Heroin), das sogenannte Drug-Checking, geben. Für körperlich Abhängige sollte es ausreichend Drogenkonsumräume, Original- und Ersatzstoffabgabestellen und Spritzenautomaten geben. Cannabis sollte umgehend legalisiert werden. Ein Verkauf sollte über staatlich lizenzierte Geschäfte, ähnlich den Coffee Shops in den Niederlanden, geregelt und entsprechend besteuert werden. Die anfallenden Steuern sollen der Aufklärungsarbeit und dem Gesundheitssystem zugute kommen.

Drogen und Werbung

Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für ein absolutes Verbot von Werbung sowohl für derzeitig legale Drogen wie Tabak und Alkohol als auch für alle illegalen Drogen ein. Weder dürfen Kinder und Jugendliche durch Werbung zum Drogenkonsum angeregt noch dürfen natürliche Hemmschwellen aufgehoben werden.

Drogenforschung

Ein Teil der verzerrten Wahrnehmung im Bereich Drogen ist auch auf eine fehlende bzw. politisch motivierte Forschung zurückzuführen. Wir fordern deswegen ein unabhängiges Institut für Drogenforschung. Nur mit wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen über Drogen und ihren Einfluss auf die Gesellschaft ist auch eine seriöse Drogenpolitik möglich.

FREIHEIT UND DEMOKRATIE

Selbstbestimmung war seit den Anfangstagen einer der Leitbegriffe der Grünen Bewegung und Partei. Wir treten offensiver auf und sagen: Für uns stehen neben der Gerechtigkeit Freiheit und Gleich-

heit als die Leitmotive unserer Politik. Wir treten damit selbstbewusst eine liberale Tradition an. Unser erster Grundsatz lautet dabei: Alle Menschen werden mit den gleichen Rechten geboren. Sie haben die Freiheit, sich im Rahmen einer solidarischen Gesellschaft so zu entwickeln, wie es ihren Wünschen und Vorstellungen entspricht.

Die Aufgabe der Innen- und Bürgerrechtspolitik ist es, die Spielräume für diese Entwicklung zu gestalten. Der Gleichheitsgrundsatz ist ihr dabei ein Imperativ. Denn längst ist er noch nicht umgesetzt, und immer wieder drohen ihm neue Gefahren. Deshalb muss die Innen- und Bürgerrechtspolitik ihre alten Grundsätze kennen und verwirklichen und gleichzeitig die technologischen und gesellschaftlichen Entwicklungen analysieren und auf sie reagieren. Dabei ist ein besonderes Augenmerk auf die neuen Medien und die Informationstechnologie als Chance und Risiko zu legen.

Innen- und Bürgerrechtspolitik ist zuerst auf kleine politische Einheiten begrenzt. Ihre Entscheidungsebenen beginnen vor Ort, haben wichtige Ebenen in den Ländern und im Bund, zunehmend aber auch in Europa und der Weltpolitik. Die klassische Trennung zwischen Innen- und Außenpolitik wird zunehmend porös. Dem müssen politische Strategien Rechnung tragen.

Grüne Freiheit

Im klassischen Streit zwischen Liberalismus und Sozialismus / Kommunismus als den Extremen auf der politischen Skala galt Freiheit häufig als Kampfbegriff derjenigen, die für zunehmende materielle Ungleichheiten eintraten. Als Gegenposition hat die Linke meist Modelle entwickelt, die durch staatliche Regulierung materielle Gleichheit herzustellen trachteten. Auch die sozialdemokratische Politik eines paternalistischen Staates, der versucht durch möglichst detaillierte Regelungen seine – durchaus hehren – Ziele durchzusetzen ging und geht oft auf Kosten der Entwicklungsmöglichkeiten

des Einzelnen. Die Bürokratie und Obrigkeitshaltung des Staates in Folge dieser Politik lehnen wir ab.

Unser Modell dagegen lautet: Nur wenn für eine materielle Grundsi- cherung gesorgt ist, kann Freiheit verwirklicht werden. Ihre Verwirk- lichung bringt aber zwangsläufig materielle Ungleichheiten mit sich. Umso wichtiger ist es, dass der Staat für eine Infrastruktur sorgt, die es allen Menschen – unabhängig von ihren materiellen Vorausset- zungen – ermöglicht, aktiv am öffentlichen Leben teilzunehmen und teilzuhaben. Das Spektrum dieser Voraussetzungen reicht von Mobi- lität über den Zugang zu Gesundheitssystem und Bildung bis hin zum kulturellen Leben.

Die Grüne Freiheit ist deshalb eine Freiheit, die einen handlungsfähigen Staat braucht. Diesem Staat liegt eine Bürgergesellschaft zugrunde, die die Leitlinien des staatlichen Gemeinwesens demokratisch bestimmt und kontrolliert. Der Einzelne muss sich nach seinen Möglichkeiten verpflichtet fühlen, Bürgergesellschaft und staatliches Gemeinwesen zu gestalten und zu unterstützen. Dabei lehnen wir jedoch – wie im Falle der Wehrpflicht – jegliche Form von Zwangs- verpflichtungen ab. Gemeinsinn kann man nicht verordnen, man muss ihn durch Erziehung und Vorbild herausbilden und durch posi- tive Anreize befördern. Der Bürgergesellschaft rechnen wir dabei alle in Deutschland lebenden Menschen zu – unabhängig von ihrem Pass – und fordern für sie gleiche Rechte und Pflichten.

Die Grüne Freiheit gründet sich auf dem Boden, den das Grundge- setz vorgibt. Sie hat ihre Grenzen dort, wo sie andere in ihren Frei- heitsrechten einschränkt. Dabei hat das Recht des Individuums auf eine selbst bestimmte Entwicklung stets die oberste Priorität.

Demokratie

Ein demokratisches Gemeinwesen ist durch mehr als nur durch tur- nummäßige Wahlgänge charakterisiert. Sie ist definiert durch das

Gesamtsystem der grundgesetzmäßigen Rechte. Daraus folgt ein Bündel von demokratischen Umgangsformen wie der gesellschaftliche Dialog, das gegenseitige Zuhören oder die Achtung von Minder- heiten. Demokratie kann und muss deswegen gelernt werden. Dazu müssen alle staatlichen Institutionen, besonders die Bildungseinrich- tungen, gleichsam als Modelle, demokratisch organisiert sein und allen Beteiligten Mitsprache- und Mitbestimmungsmöglichkeiten einräumen. Aus dieser Funktionsweise des demokratischen Gemein- wesens folgt aber auch eine Verantwortung der Menschen: Inform- eren, Einmischen und Initiative zeigen gehören zu wichtigen Auf- gaben aller BürgerInnen in einem demokratischen Gemeinwesen, in dem jeder im ursprünglichsten Sinne des Wortes Politiker ist. Dazu ist die Informationsfreiheit elementare Grundlage. Die Grüne Jugend Hessen wehrt sich vehement gegen staatliche oder private Eingriffe in Informationssysteme. Besonders das Internet als Kommunikati- onsstruktur, das große Chancen für die Information, Diskussion und Einflussnahme bietet, darf nicht durch Sperrungen, Filtersysteme und Indizierungen angetastet werden.

Demokratie bedeutet nicht nur, dass die BürgerInnen eines Staates selbst Ämter besetzen und politische Entscheidungen treffen, sie haben auch die Möglichkeit und die Verpflichtung, die von ihnen gewählten VertreterInnen und somit das Handeln ihres Staates, zu kontrollieren. Transparenz ist in diesem Zusammenhang das oberste Gebot staatlichen Handelns.

Die Einflussnahme- und Kontrollmöglichkeiten des Einzelnen müs- sen verstärkt und ausgebaut werden. Jeder Bürgerin und jedem Bür- ger muss freie Einsicht in Gesetze, Unterlagen und Akten gewährt werden, die sie für eine politische Meinungsbildung benötigt. Wir halten es für bedenklich, politische Entscheidungsprozesse in Gremi- en zu verlagern, die nicht öffentlich tagen, bzw. ihre Unterlagen

nicht öffnen, wie dies zum Beispiel bei interkommunalen Kooperationen häufig der Fall ist.

Fast alle Mitgliedsstaaten der EU, insbesondere Schweden, haben ein ausgereiftes Gesetz zur Informationsfreiheit. Die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere das schwarze Hessen sind ein Schlussslicht in den europäischen Bestrebungen eines einheitlichen und allgemeinen Gesetzes zur Informationsfreiheit. Die Grüne Jugend Hessen fordert ein Informationsfreiheitsgesetz, das seinen Namen verdient und auf Bundesebene gültig ist. Das Informationsfreiheitsgesetz soll es Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen alle im öffentlichen Apparat hinterlegten Informationen über sich zu erhalten.

Staatliche Institutionen müssen stärker als bisher zur Bereitstellung von Informationen von öffentlichem Interesse verpflichtet werden. Zum Beispiel sollten Bundestagsabgeordnete für alle einsehbar offenlegen, in welchen Firmen sie als Berater tätig sind oder in Aufsichtsgremien sitzen und welche Nebeneinkünfte sie aus darüber beziehen. Des weiteren fordern wir eine Begrenzung solcher Nebentätigkeiten.

Die Grüne Jugend Hessen setzt sich für möglichst umfassende Partizipationsrechte der Bürger ein. Die parlamentarische Demokratie der Bundesrepublik hat sich im Großen bewährt, bedarf jedoch einer deutlichen Belebung. Am besten ist dies zu bewerkstelligen, indem möglichst viele Entscheidungen auf die unterste Ebene verlagert werden: Vor Ort ist die Möglichkeit der Einflussnahme und auch die Identifikation mit politischen Entscheidungen am höchsten. Wir wollen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger in der Kommunalpolitik ausbauen. Instrumente wie das Antragsrecht einer bestimmten Mindestzahl von BürgerInnen an das Stadtparlament können hier für Belebung sorgen. Daneben ist direkte Demokratie auf allen Ebenen

ein Schlüssel zu mehr Entscheidungsmacht für die BürgerInnen. Die Möglichkeit für Volksbegehren und Volksentscheide auf allen politischen Ebenen muss deutlich verbessert. Auch bei der Zusammensetzung der Parlamente muss der Bezug der PolitikerInnen zu den BürgerInnen gestärkt werden. Wir treten wo immer möglich dafür ein, die reinen Listenwahlen durch Elemente der Persönlichkeitswahl zu ergänzen oder den Einfluss breiterer Bürgerschichten an der Listenaufstellung der Parteien zu erreichen.

Gemäß unserer Vorstellung von einer Bürgergesellschaft, der alle hier lebenden Menschen angehören, fordern wir das Wahlrecht auch für Nicht-Deutsche. Auf kommunaler Ebene sollten alle gemeldeten BürgerInnen stimmberechtigt sein, auf Landes- und Bundesebene alle diejenigen, die schon mindestens fünf Jahre in Deutschland leben. Um junge Menschen stärker an die Demokratie heranzuführen, müssen wir ihre Mitwirkungsmöglichkeiten ausdehnen. Das reicht von Jugendparlamenten und -foren bis hin zu einem niedrigeren Wahlalter. Wir fordern das aktive Wahlalter 16 für alle politischen Ebenen, das passive Wahlalter 18 für Europa, Bund und Land und das passive Wahlalter 16 für die Kommunalpolitik.

Föderalismus

Im Kern bekennt sich die Grüne Jugend Hessen zur föderalen Ordnung, denn nur eine dezentrale Entscheidungsfindung reduziert Bürokratie und schafft gleichzeitig Bürgerinnen- und Bürgernähe. Dezentralisierung dämmt nicht nur Macht ein, sondern regt auch politische Innovationen an. Daher hält es die Grüne Jugend Hessen für unabdingbar, Entdeckungsverfahren durch eine stärkere föderale Ausrichtung zu etablieren, in denen abweichende Regelungen anderer Staaten regelmäßig auf ihr Für und Wider untersucht werden. Die Realität in Deutschland weicht aber leider mittlerweile von dem

föderalen Ideal beträchtlich ab. Das Grundgesetz sieht aus gutem Grund eigentlich vor, dass die Gesetzgebungsbefugnis in der Regel bei den Ländern liegen soll und nur ausnahmsweise vom Bund wahrgenommen werden kann. Der Bund hat in den letzten Jahrzehnten aber immer erschöpfender von seiner Gesetzgebungskompetenz Gebrauch gemacht, so dass den Ländern heute fast nur noch Spielraum in der Bildungspolitik bleibt. Ansonsten sind sie zu gehobenen Verwaltungseinrichtungen degradiert. Diese Entwicklung unterstützen wir nicht.

Wir brauchen eine Rückübertragung von Teilen der konkurrierenden Gesetzgebung auf die Länder. Hierzu muss auch Art. 125a Abs. 2 GG geändert werden, wonach bisheriges Bundesrecht der konkurrierenden Gesetzgebung trotz der Verfassungsreform unbeschränkt fortbesteht. Wir möchten, dass dieses Bundesrecht nur dann fortbestehen kann, wenn es den neuen Anforderungen der Erforderlichkeitsklausel genügt und ansonsten nur solange fortbesteht, wie die Länder durch eigene Gesetzgebung den Bereich nicht neu geregelt haben. Hierdurch erhielten die Länder Gestaltungsspielraum zurück, den sie früher hatten. Die größere gesetzgeberische Autonomie der Länder muss aber auch mit einer Reduzierung der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetze einhergehen, damit die bisherigen lähmenden Blockademöglichkeiten reduziert werden.

Der Länderfinanzausgleich muss reformiert werden. Momentan bestraft er leistungsstarke Länder und schafft wenig Anreiz für schwächere Länder, aus eigener Kraft die Finanzkrise zu überwinden.

Darüber hinaus muss die gesamte Staatsfinanzierung überdacht werden. Es fehlt dem Bürger und der Bürgerin an Transparenz, welche staatliche Ebene welche Steuern zur Finanzierung welcher Aufgaben erhebt. Heute werden die meisten Steuern zwar vom Bund erhoben,

aber durch komplizierte Verteilungsverfahren auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt. Somit ist die Verantwortlichkeit für niemanden mehr nachzuvollziehen. Demokratie lebt aber von Transparenz. Deshalb fordert die Grüne Jugend Hessen eine Veränderung der Zuständigkeit im Steuerrecht. Länder und Gemeinden müssen eine eigene Gesetzgebungskompetenz zur Erhebung ihnen zustehender Steuern erhalten. Über ein Hebesatzrecht auf Einkommens- und Körperschaftssteuer könnte nicht nur das Interesse der Bürgerinnen und Bürgern an Landes- und Kommunalpolitik gesteigert werden, es würde auch die Eigenverantwortung der Entscheidungsträger auf Landes- und kommunaler Ebene stärken. Bei einer solchen Reform muss aber auch sichergestellt werden, dass finanzschwächere Bundesländer und Gemeinden nicht überproportional belastet werden.

Die Mischfinanzierung diverser Aufgaben durch Finanzmittel von Bund, Ländern und Kommunen ist zugunsten einer konsequenten Anwendung des Konnexitätsprinzips abzuschaffen. Wer eine bestimmte Leistung „bestellt“ muss hierfür auch alleine das Geld zur Verfügung stellen.

Wir fordern die Neuordnung der Gebietskörperschaften auf allen Ebenen. So fordern wir für Hessen z.B. nicht nur die Abschaffung der Landkreise zugunsten von deutlich größeren Bezirken mit gewählten Bezirksparlamenten, sondern auch die Schaffung eines autonomen Ballungsraums Rhein-Main mit eigenem gewähltem Parlament. Nur so kann in einem stark vernetzten Siedlungsgebiet sichergestellt werden, dass Entscheidungen, die alle betreffen, auch wirklich transparent zustande kommen.

Datenschutz

Hessen war in den 70ern weltweit eines der Vorreiterländer für den Datenschutz, dieser Tradition fühlen wir uns verpflichtet. Die Grüne

Jugend Hessen macht es sich zum Grundsatz, demokratische Bürgerrechte, wie den Schutz persönlicher Daten aller Bürgerinnen und Bürger, zu bewahren.

Immer wieder sind aktuell entstehende Bedrohungslagen – wie zuletzt ganz besonders der 11. September – Grund für die Politik, neue Gesetze zu erlassen. Da diese Gesetzgebungsverfahren so schnell geschehen, dass kaum betroffene Bürgerinnen und Bürger davon etwas mitbekommen, geschweige denn in unserer Gesellschaft diskutiert werden kann, ist es wichtig neue Sicherheitsgesetze auf Anwendbarkeit und Effektivität zu prüfen. Außerdem müssen sie zeitlich befristet sein. Evaluierung und zeitliche Befristung sind wichtige Instrumente, die auch zeigen können, wie stark staatliche Kontrolle wirklich ist.

Mit der technischen Entwicklung, insbesondere im Bereich der Informationstechnologien, stellen sich neue Herausforderungen an den Datenschutz. Es ist immer schwieriger zu durchschauen, welche Daten ausgetauscht und abgeglichen werden sowie von Unbefugten eingesehen werden können.

Die informationelle Selbstbestimmung muss mit wirksamem rechtlichem und technischem Datenschutz gesichert werden. Hierzu gehören Maßnahmen staatlicher Aufsicht und Kontrolle ebenso wie die Förderung des Selbstschutzes der Betroffenen, die Realisierung von Verarbeitungstransparenz und die Etablierung von Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher bei wirtschaftlicher Datenverarbeitung.

Die Grüne Jugend Hessen lehnt den gläsernen Bürger ab. Das gilt für den privaten wie staatlichen Zugriff auf persönliche Daten.

Die Grüne Jugend Hessen lehnt Überwachungskameras in öffentlich zugänglichen Bereichen grundsätzlich ab. Jeder Mensch hat das Recht, sich anonym und frei im gesamten Bundesgebiet zu bewegen, ohne ständig durch Kameras überwacht zu werden. Es ist ein Trugschluss zu glauben, dass sich durch Videoüberwachung die Krimina-

lität verändert. Kriminelle Handlungen werden lediglich verlagert. Da jede Videoüberwachung ausgewertet werden muss, kann man nicht von einer Personenentlastung der Polizei ausgehen. Sie ist also teuer und kann die Kriminalität nicht wirklich bekämpfen. Dem Internet als technologische Basis kommt in den neuen Medien eine große Bedeutung zu, die nicht zu unterschätzen ist. Die Netzbürgerinnen und Netzbürger brauchen elektronische Schutzschilde. Damit können sich die Surfer vor anonymen Angriffen auf ihre „elektronische Privatheit“ schützen. Die Vorstellung, jede elektronische Kommunikation müsse staatlich beobachtbar sein, muss aufgegeben werden.

Kaum jemand ist darüber aufgeklärt, wie man sich und seine privaten, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Daten vor Angriffen aus dem Internet wirksam schützen kann. Deutschland ist hier weiterhin Entwicklungsland. Hier liegt objektiver Handlungsbedarf vor. Zertifizierte Sicherheitsprodukte könnten ein Weg sein, zu so etwas wie geprüfter Software zu kommen.

Gefordert ist eine Datenschutzdidaktik. Sie muss geeignet sein, die Bürgerinnen und Bürger zu sensibilisieren und darüber aufzuklären, wie und wie weit sie sich als Netzbürgerinnen und Netzbürger beim Chatten, Surfen, Mailen, SMSen und Telefonieren selbst vor dem Überwachen und Ausspionieren schützen können.

Den Betroffenen sind vertrauenswürdige Verschlüsselungsverfahren zum Schutz ihrer elektronischen Kommunikation anzubieten. Datenschutzorganisationen genießen zwar öffentliche Aufmerksamkeit, sind aber nicht formell in Entscheidungsprozesse eingebunden. Nach dem Vorbild des Umweltrechts ist die Beteiligung von Verbänden im Bereich des Datenschutzes zu verbessern.

Das seit 15 Jahren fällige Arbeitnehmerdatenschutzgesetz ist endlich zu verabschieden. Hierbei sind die Arbeitnehmer- Vertretungen einzubeziehen. Die Rechte der Betroffenen sind zu stärken, insbesondere auch gegenüber multinationaler Konzerndatenverarbeitung. In

vielen Bereichen, zum Beispiel beim Adressenhandel oder bei Finanzdienstleistern, sind die bestehenden Widerspruchs- durch Einwilligungsregelungen zu ersetzen. Verbraucherschutzvorschriften im Rahmen der Datenverarbeitung der Versicherungs- und Finanzwirtschaft sind überfällig. Die Datenschutzbestimmungen im Multimediarecht sind fortzuschreiben. Die Befugnisse zum informationellen Eindringen in die private Wohnung (Lauschangriff) sind zurückzunehmen. Das Telekommunikationsrecht muss derart überarbeitet werden, dass das Recht auf telekommunikative Selbstbestimmung nicht durch sicherheitsbehördliche Zugriffsrechte ad absurdum geführt wird.

Die Schaffung eines Datenschutzrechtes auf europäischer Ebene und einer unabhängigen Kontrollinstanz sind voranzutreiben. Bei der Verhandlung mit Drittstaaten, namentlich den USA, über angemessene Datenschutzstandards beim Datenexport sind unabhängige Kontrollen, die Beachtung des Zweckbindungsgrundsatzes und Betroffenenrechte unabdingbare Voraussetzungen. Europol muss so umgestaltet werden, dass nur klar definierte, eng begrenzte Befugnisse übertragen werden und eine parlamentarische und rechtliche Kontrolle ermöglicht wird. Vor der Einführung neuer europäischer Datenbanken ist eine umfassende Erforderlichkeits- und Subsidiaritätsprüfung im Rahmen einer öffentlichen Debatte vorzunehmen.

Innere Sicherheit

Eine starke Demokratie muss auch eine wehrhafte Demokratie sein, wie die schmerzlichen Erfahrungen der Geschichte gezeigt haben. Doch die Verteidigung von Demokratie und rechtsstaatlicher Ordnung darf eben nicht die Grundsätze unterlaufen, durch die sie selbst konstituiert wird, da sie sich sonst perspektivisch selbst abschafft. Wir müssen uns von der Illusion verabschieden Sicherheit

sei vollständig zu gewährleisten. Trotzdem gibt es viele Möglichkeiten, wie man dem Terrorismus und anderen Gefahren vorbeugen kann. Diese müssen – solange rechtsstaatliche Maßstäbe gewährleistet bleiben – ausgeschöpft werden.

Die Sicherheitskultur liegt in Deutschland und in den meisten westlichen Ländern brach. Ohne eine kulturelle Basisqualifizierung für alle, die sich der Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger gegen eine „Kultur des Misstrauens“ verpflichtet fühlt, wird es wohl noch lange keine demokratische Kontrolle der laufenden Trends zur „Rundumüberwachung“ geben.

Dabei droht die Gefahr, dass die Unschuldsvermutung im Rechtssystem umgekehrt werden könnte: Wer seine Daten nur unfreiwillig herausgibt, geriete dabei in einen Pauschalverdacht. Deshalb fordern wir strengere Regelungen bei den Eingriffen des Staates in die Privatsphäre. Telefonüberwachung soll nur bei vorliegender Beweislast durchgeführt werden können. Die Verwendung biometrischer Daten im Personalausweis lehnt die Grüne Jugend Hessen ab. Die Rasterfahndung soll abgeschafft werden, da sie ineffektiv ist und einen großen Personalaufwand verursacht.

Die deutschen Geheimdienste BND, BfV und MAD sind im Zuge einer europäischen Harmonisierung der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik tendenziell umzustrukturieren. Zunächst sind diese aus der Zeit des kalten Krieges stammenden Institutionen personell und bezüglich ihrer Befugnisse zu reduzieren. Kurzfristig sollten deren geheimdienstliche Aufgaben mit Geheimdiensten von Ländern der Europäischen Union zusammengelegt und auch durch öffentliche Bildungsaufgaben abgelöst werden. Wir erkennen den Verfassungsschutz als Teil einer wehrhaften Demokratie an, setzen uns aber dafür ein, ihn stärker zu zentralisieren und dadurch besser kontrol-

lierbar zu machen. Die Verfassungsschutzorgane der Länder sollten sich auf regional begrenzte Phänomene konzentrieren. Das Bundeskriminalamt ist bezüglich Personal und Befugnissen zugunsten der Länderpolizeien zu reduzieren. Die Befugnis zur anlassunabhängigen Personenkontrolle des Bundesgrenzschutzes ist zurückzunehmen.

Justiz

Dass das oberste Ziel von Strafe nicht Rache sein kann, ist zwar schon seit mehreren tausend Jahren von klugen Menschen gedacht worden, scheint aber in den Köpfen einiger rechtskonservativer PolitikerInnen noch nicht angekommen zu sein. Ziel muss es vielmehr sein, einen Ausgleich zwischen Tätern und Opfern zu schaffen, der die Umstände aller Beteiligten einer Straftat berücksichtigt, den Opfern der hilft, eventuellen materiellen Schaden ausgleicht und versucht, den Täter oder die Täterin zu resozialisieren. Das klassische Wegsperrn von – oft auch sozialen – Problemen ist nur in seltenen Fällen akuter Bedrohung durch rückfallgefährdete TäterInnen das Mittel der Wahl – und auch in diesen Fällen hat die menschliche Behandlung die oberste Priorität.

Strafandrohungen als Abschreckung sind erfahrungsgemäß nur bedingt wirkungsvoll. Deshalb darf sich das Strafmaß nie am Bedürfnis, „ein Exempel zu statuieren“, ausrichten, sondern allein an den oben beschriebenen Zielen.

Neben diesen Grundsätzen eines modernen Rechtssystems sind Transparenz und Schnelligkeit Bedingungen für eine faire Justiz. Langes Verschleppen von Entscheidungen, der Weg über unzählige Instanzen und die Überlastung des Justizapparates erzeugen oft faktisch Ungerechtigkeit. Das bedeutet nicht, den „kurzen Prozess“ zu machen, sondern nur, eine gründliche Abwägung des Falles ohne Verzögerungen durch Bürokratie und mangelnde Ressourcen durch-

zuführen. Auch wollen wir durch Verstärkung des Systems der Schöffenrichter weiter Transparenz im Justizsystem befördern.

Deshalb muss das Justizsystem entlastet werden: Zum einen dadurch, dass vorgerichtliche Einigungen stärker gefördert werden. Zum anderen dadurch, dass Strafverfolgungen dort, wo eine spätere Bestrafung keinen Sinn macht, durch geeignete Gesetze überflüssig gemacht wird. Das ist zum Beispiel beim Konsum weicher Drogen der Fall, wo der Konsument allenfalls (und dies noch nicht einmal zwangsläufig) seiner Gesundheit einen minderen Schaden zufügt, anderen aber kein Nachteil entsteht.

Zusätzlich dazu muss sichergestellt werden, dass der Justizapparat nicht kaputtgespart wird. Das greift den Rechtsstaat Bundesrepublik an.

Anti-Diskriminierung

Freiheit ist mit Diskriminierung und Marginalisierung nicht vereinbar. Deshalb fordern wir ein Anti-Diskriminierungsgesetz, das der Benachteiligung gewisser Gruppen in staatlichen wie privaten Institutionen entgegenwirkt.

Zum einen müssen alle staatlichen Akteure die Richtlinien der Gleichbehandlung aller genau befolgen. Zum anderen muss es ein Recht Benachteiligter zur Klage gegen Diskriminierung zum Beispiel in den Medien, der Wirtschaft oder beim Zugang zu Wohnungen etc. geben.

Verbraucherschutz

Transparenz ist auch beim Verbraucherschutz die oberste Priorität. Die Politik sollte mit Verboten nur in Fällen äußerster Gefährdung handeln. Vorher gilt der Grundsatz: Aufklären und Offenlegen. Die BürgerInnen in ihrer Rolle als KonsumentInnen sollen die bestmög-

lichen Informationen über mögliche Risiken von Produkten erhalten und gleichzeitig über die Inhaltsstoffe aller Produkte aufgeklärt werden.

Das gilt besonders für die Lebensmittelbranche. So kann es nicht angehen, dass eine Tütensuppe, die nur Spuren echten Hühnerfleisches enthält als Hühnersuppe etikettiert wird. Der gesamte Bereich der Zusatzstoffe und Geschmacksverstärker, die heute nur mit kryptischen und unverständlichen Kürzeln dargestellt werden, muss offener und transparenter werden.

Gleichzeitig muss schon in der Schule vermittelt werden, wie die Warenwirtschaft funktioniert und wie kritische KonsumentInnen die angebotenen Waren prüfen können. Um diesen Maßnahmen Wirkung zu verleihen muss das Produkthaftungsrecht erneuert und auf die Bedürfnisse der VerbraucherInnen zugeschnitten werden.

Migration

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Wenn gleich auch weiterhin ein Unterschied zu klassischen Einwanderungsländern wie den USA oder Australien bleibt, so muss die Politik in diesem Land doch der Tatsache Rechnung tragen, dass Menschen nach Deutschland kommen und dort bleiben möchten. Die Grüne Jugend Hessen begrüßt die Zuwanderung ausdrücklich. Sie macht Deutschland lebendiger, offener, interessanter.

Deutschland ist ein offenes Land und soll es auch bleiben. Daher fordern wir ein Asylrecht, das nicht nur die schützt, die in ihren Heimatländern politisch verfolgt werden, sondern auch die, die aufgrund ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung verfolgt werden. Wir fordern ein Einwanderungsrecht, das nicht nur Hochqualifizierte mit sicherem Arbeitsplatz ins Land lässt. Wir fordern die EU-Staatsbürgerschaft für alle Menschen, die länger als fünf Jahre legal in der Europäischen Union leben.

Wir fordern eine Bleiberechtsregelung für Menschen, die länger als fünf Jahre in Deutschland leben. Geduldete, die seit Jahren in der Angst vor der Abschiebung leben, haben kaum eine Chance auf Integration. Wir fordern eine Schlusstrichregelung für die Illegalisierten. Es kann nicht angehen, dass Menschen in diesem Land sich nicht zum Arzt trauen, weil ihnen die richtigen Dokumente fehlen. Die Grüne Jugend Hessen fordert eine menschenwürdige Behandlung von EinwanderInnen. Dazu gehört auch die Abschaffung des Flughafenverfahrens, gerade für Kinder.

Im Laufe der Jahre haben wir gelernt, dass gerade fremde Kulturen und deren neue Einflüsse eher eine Bereicherung als eine Last für unsere Gesellschaft sein können. Vorhandene Problemfälle müssen durch ein präventives Integrationskonzept angepackt und gelöst werden. Dazu gehören eine ständige Aufklärung der BürgerInnen und der Dialog zwischen den Menschen.

Integration ist in den letzten Jahren zu einem Begriff des Kulturkampfes geworden. Während die Leitkulturalisten mehr Integrationsbereitschaft fordern, wollen Multikulturalisten eine größere Öffnung der Mehrheitsgesellschaft für das Neue. Dabei braucht Integration beides. Fordern und Fördern: das ist der Schlüssel zur Integration. Dabei ist Integration ein Querschnittsthema. Sie betrifft die Eingliederung von neuen InländerInnen in das Bildungssystem, in den Arbeits- und in den Wohnungsmarkt. Sie bedeutet rechtliche Gleichstellung, zivile Antidiskriminierungsmaßnahmen, gegenseitige Toleranz und ein offenes Gesellschaftsklima. Nur wer ökonomische und soziale Perspektiven hat, ist bereit, sich anzustrengen.

Wir wollen, dass die sprachliche Förderung der nicht-deutschen Schüler und Schülerinnen verbessert wird. Des Weiteren sollen sich sowohl die nicht-deutschen, als auch die deutschen Schüler und

Schülerinnen schon im Kindesalter mit dem gegenseitigen Kulturaustausch befassen um eventuelle Vorurteile gar nicht erst entstehen zu lassen.

Integration ist keine Einbahnstraße. Wenn wir ja zur Einwanderung sagen, müssen wir zum einen Angebote für diejenigen schaffen, die sich als MigrantInnen in unsere Kultur einleben müssen: Sprachkurse und Einführungen in Politik und Gesellschaftssystem zum Beispiel. Zum anderen müssen wir den neuen BürgerInnen gegenüber Offenheit bekunden und ihnen signalisieren, dass sie in diesem Land willkommen sind.

Nur so kann Rückzugs- und Ghettoisierungstendenzen wirkungsvoll begegnet werden. Gleichzeitig muss sich aber unsere Gesellschaft auch ein kleines Stück bewegen und auf die Traditionen der EinwanderInnen eingehen – das bedeutet nicht, ihre eigene Identität aufzugeben. Ganz im Gegenteil: In der Begegnung mit dem Neuen werden die positiven Eigenschaften unserer eigenen Kultur deutlich hervortreten.